Mittag-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus:
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.)
bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streisand,
in Breslau bei Emil Kabath.



Posener Zeitung.
Neunundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus:
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M. Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co. — Haasenstein & Vogler, — Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank."

Nr. 446.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 29. Juni
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1876.

Vom Landtage.

76. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin 28. Juni, 11 Uhr. Am Ministertische Graf zu Eulenburg, Friedenthal, Geh. Räthe Herrfurth, Rüdorff u. A.

Ohne Debatte erledigt das Haus die dritte Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Errichtung von Rathsstellen bei dem Oberverwaltungsgerichte, und geht dann zur dritten Lesung der Vorlage wegen Erhöhung des Maximalunterstützungssatzes für die hülfsbedürftigen ehemaligen Krieger aus den Jahren 1813—15 über.

Abg. Windthorst (Meppen) spricht den Wunsch aus, daß auch die Invaliden der neuen Provinzen ebenso wie die altpreußischen berücksichtigt werden. — Die Vorlage wird hierauf genehmigt.

Nach Erledigung der dritten Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend den an den Kronfideikommißfonds für die zur Staatskasse geflossenen Einnahmen aus der Herrschaft Schwedt zu leistenden Ersatz tritt das Haus in die Berathung des vom Herrenhause veränderten Gesetzentwurfs über die Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst.

Die Abänderungen des Herrenhauses beschränken sich auf § 10, der die Bestimmungen über die Qualifikation der präsentirten Landräthe enthält. In der Fassung der Herrenhausbeschlüsse lautet § 10:

Diejenigen Personen, welche von einem Kreistage zur Besetzung eines erledigten Landrathsamts vorgeschlagen, beziehungsweise präsentirt werden, sind auch dann für befähigt zur Bekleidung dieser Landrathsstelle zu erachten, wenn sie die zweite juristische Prüfung abgelegt haben oder wenn sie nach bestandener erster Prüfung bei den Gerichts- oder Verwaltungsbehörden im Vorbereitungsdienst, oder wenn sie auch ohne die erste Prüfung abgelegt zu haben in Selbstverwaltungsämtern des Kommunal-, Kreis- und Provinzialdienstes zusammen mindestens vier Jahre beschäftigt gewesen sind.

Hierzu beantragt Abg. Rickert u. Gen. 1) zwischen „Provinzialdienstes" und „zusammen mindestens vier Jahre" einzuschalten: „mit Ausschluß jedoch des Amtes eines Orts- oder Gutsvorstehers," 2) folgenden Absatz 2 anzunehmen: „Alle anderweitig bestehenden Beschränkungen in Bezug auf den Kreis der Personen, welche von einem Kreistage für die Besetzung eines erledigten Landrathsamts in Vorschlag gebracht werden können, sind aufgehoben"

Dagegen beantragt Abg. Wendorff entsprechend den früheren Beschlüssen des Abgeordnetenhauses dem Schlußsatze unter Streichung der Worte „oder wenn sie ohne die erste Prüfung abgelegt zu haben ꝛc." — folgende Fassung zu geben:

oder wenn sie nach bestandener erster Prüfung bei den Gerichts- und Verwaltungsbehörden im Vorbereitungsdienst, in Selbstverwaltungsämtern des Kommunal-, Kreis- und Provinzialdienstes, mit Ausschluß jedoch des Amtes eines Orts- oder Gutsvorstehers, zusammen mindestens drei Jahre beschäftigt gewesen sind.

Abg. Windthorst (Meppen) erklärt, daß er dem Antrage Rickert zustimmen werde, da dieser nach Lage der Dinge und nach der Stimmung des Hauses ihm die einzige Möglichkeit biete, das Gesetz noch zu Stande zu bringen.

Nachdem der Abgeordnete v. Bonin sich gleichfalls für das Amendement Rickert ausgesprochen hat, bemerkt

Abg. Richter (Hagen): Der frühere Antrag Löwenstein zu § 10, den das Herrenhaus zu einem Theil akzeptirt hat, war bekanntlich nichts als die Reproduktion eines ursprünglichen Antrages der Kommission des Herrenhauses. Dieses würde den Antrag Löwenstein, sowie es der Referent des Herrenhauses, Herr Dernburg beantragte, in seinem Umfange pure angenommen haben, wenn nicht der Minister des Innern dazwischen gekommen wäre. Dieser gab dem Herrenhause mit dürren Worten zu verstehen, es sei noch zu früh, dem Abgeordnetenhause entgegen zu kommen. Er rathe davon ab und erst, wenn man die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses zum dritten Male an das Herrenhaus gelangen lasse, würde er im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes das 2. Alinea des Paragraphen auch annehmen. Der Minister des Innern räth also gewissermaßen den Käufer erst zweimal hinausgehen zu lassen, und ihn dann zum dritten Male hereinzurufen, um ihm den definitiven Preis zu stellen. Es erinnert diese Methode sehr lebhaft an die Praxis gewisser Handelsleute hier in Berlin, die auf einer Straße zwischen Alt-Köln und Berlin ihr Gewerbe treiben. (Große Heiterkeit.) Es handelt sich hier um eine prinzipiell bedeutungsvolle Frage, nämlich um die, ob man von dem Landrath eine wissenschenschaftliche Ausbildung verlangen, oder ob man sich mit einer blos praktischen Routine begnügen darf. Für die Bildung unserer Landräthe gestatten Sie mir ein Zeugniß aus dem vorigen Jahrhundert vorzulegen, aus welchem Sie ersehen werden, daß dieselbe Misere mit unwissenden Landräthen bereits damals wie heute beklagt wurde. Es ist das Testament des Laudraths Karl Gottlieb von Nüßler auf Weißensee, publizirt am 15. April 1776. Er sagt: „Ich habe bei meinem langjährigen Landrathsdienste gefunden, daß so wenig junge Edelleute zum großen Schaden des Landes zur Gelehrsamkeit aufgezogen werden, wodurch es denn geschieht, daß wir so wenig gelehrte Landrähe, landschaftliche Deputirte und Verordnete haben, und ich aus dieser Ursache meine Herren Kollegen bei versammelter Landschaft oft gebeten habe, ihre resp. Herren Eingesessenen zu animiren, einige vou ihren Söhnen studiren zu lassen, man hat aber immer die Armuth des Adels vorgeschützt; es ist auch wohl wahr, daß unser Adel guten Theils in schlechten Umständen, so daß sie genöthigt, ihre Söhne, ohne ihnen was lernen zu lassen, unter das Militär zu geben. (Große Heiterkeit.) Mithin habe ich in dieser Erwägung, und da mein Mannesstamm mit mir ausgeht, ꝛc. wohlbedächtig (so sage ich) resolvirt, aus dem Gute Weißensee eine Fundation und Gestifte zum Studiren junger Edelleute ꝛc. festzusetzen." — Wenn hier gesagt wird, daß man seine Söhne, „ohne ihnen etwas lernen zu lassen", in das Militär gebe, so trifft das heute nicht mehr zu. Gerade unter dem Militär legt man mehr wie je auf eine wissenschaftliche, nicht blos Fachbildung, sondern allgemeine Bildung den größten Werth und bestrebt sich, die Examina soweit zu verschärfen, wie es überhaupt möglich ist. Die größten Erfolge verdanken wir diesem Bestreben der Militärverwaltung nicht zum kleinsten Theile. Ich wäre froh, wenn die Hälfte dieses wissenschaftlichen Sinnes, wie er in der Militärverwaltung sich zeigt, in dem Ressort des Ministers Grafen zu Eulenburg unter den Beamten sich kundgäbe. (Heiterkeit. Sehr wahr!) Wir würden dann wahrlich auf einer anderen Stufe unserer inneren Verwaltung stehen. Ich kann das Haus nur dringend ersuchen, seinen früheren Beschlüssen treu zu bleiben und dem entsprechend den Antrag Wendorff anzunehmen.

Abg. Dr. Nasse erklärt gleichfalls seine Zustimmung zu dem Rickert'schen Amendement.

Abg. Rickert: Es handelt sich für uns bei den von mir und meinen Freunden gestellten Antrage nicht etwa um einen Rückzug, sondern wir stimmen den Beschlüssen des Herrenhauses und der vorgeschlagenen Modifikation um deshalb zu, weil wir darin einen richtigen Grundsatz ausgedrückt finden. Wir haben nämlich die Ueberzeugung, daß die bloße Bildung eines Referendars in keiner Weise diejenige Garantie bietet, welche die Abgeordneten Richter (Hagen) und Windthorst (Bielefeld) davon anzunehmen scheinen. Ich bestreite es auch ganz und gar, daß das Verlangen eines ersten juristischen Examens irgendwie eine Forderung des Liberalismus ist. Wie wenig Garantie diese Prüfung darbietet, zeigt deutlich das Beispiel des vielgenannten Landraths von Knobloch aus Samter. Ich habe Erkundigungen über den Herrn eingezogen und erfahren, daß er die Referendarprüfung gemacht hat. (Große Heiterkeit.) Ich bitte Sie dringend meinen Antrag anzunehmen.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Ich kann mich im Ganzen mit den Ausführungen des Vorredners einverstanden erklären. Nur in Bezug auf den zweiten Absatz des § 10 möchte ich bemerken: Vergegenwärtigen Sie sich doch, was eigentlich Präsentationswahl der Kreise bedeutet. Diese Präsentationswahl ist keine Wahl. Der Charakter derselben ist, daß die Wünsche der Körperschaft, welche überhaupt zur Präsentation berufen wird, Sr. Majestät dem Könige kundgegeben werden; derselbe bleibt aber vollständig Herr darüber zu entscheiden, ob er diesen Wünschen Folge geben will oder nicht. Bei der Präsentationswahl kann man voraussetzen, daß die Personen, die aus dem Gremium der Präsentanten und aus ihrer vollen Sach- und Personenkenntniß herauspräsentirt werden, nicht nur die Verhältnisse kennen, sondern durch ihre ansässige Stellung im Kreise zugleich die Garantie geben, daß sie ihr Landrathsamt nicht etwa für eine bloße Durchgangsstelle ansehen, sondern daß sie in diesem Wirkungskreise bleiben wollen, wo sie groß geworden sind und segensreich wirken können. Aus diesem Gesichtspunkte möchte ich Sie bitten, noch einmal zu erwägen, ob Sie wirklich das zweite Alinea des § 10 nach dem Antrage Rickert annehmen wollen.

Abg. Thiel spricht sich ebenfalls für den Antrag Rickert aus, indem er darauf hinweist, daß mit dem Ausschluß so vieler sonst tüchtiger Leute, die kein erstes Examen gemacht, der Landrathsposten gleichsam ein Privilegium für bemittelte junge Juristen sei, welche unfähig waren, das zweite juristische Examen zu machen.

Abg. Löwenstein glaubt, daß bei dem hohen Standpunkte unserer höheren Lehranstalten und bei der Existenz der verschiedensten Akademien unmöglich behauptet werden könne, daß die wissenschaftliche Bildung einzig und allein auf Universitäten und vor allem durch eine juristische Prüfung erworben werde.

Abg. Miquel weist darauf hin, daß man bei der Kreisordnung ausdrücklich die Forderung eines rechtsverständigen Syndikus für den Kreisausschuß abgelehnt habe, in der Voraussetzung, daß bei den Bestimmungen über die Qualifikation des Landraths genügende Garantien für eine tüchtige Vorbildung desselben geschaffen werden würden. Das Amt des Landraths sei jetzt ein viel wichtigeres als früher, weil derselbe jetzt Vorsitzender eines Verwaltungsgerichtskollegiums sei, und als solcher müsse er eine juristische Vorbildung haben, um so mehr, da er nicht bloß die kreiskommunalen, sondern auch Staatsinteressen zu vertreten habe.

Abg. Lasker erinnert daran, daß das erste juristische Examen — welches nicht zu bestehen, eine wahre Kunst sei (Widerspruch) — einen Abschluß im juristischen Studium gar nicht darstelle und deshalb absolut keine Garantie für die Befähigung zu einem gutem Verwaltungsbeamten biete. Die rechte Garantie werde in der Wahl durch den Kreistag gegeben. Wenn man diesem kein Vertrauen schenken wolle, so sei die ganze neuere Verwaltungsgesetzgebung eine verfehlte.

In namentlicher Abstimmung wird hierauf der Antrag Wendorff mit 169 gegen 162 Stimmen abgelehnt und der Antrag Rickert angenommen, und hierauf das Gesetz im Ganzen genehmigt.

Es folgt die Berathung des vom Herrenhause in veränderter Fassung zurückgelangten Gesetzentwurfs, betreffend die Umzugskosten der Staatsbeamten.

Abg. Löwenstein bezweifelt, nach der Stellung, die die Staatsregierung in den beiden Häusern zu der Vorlage eingenommen habe, daß es ihr überhaupt ernst mit dem Zustandekommen des Gesetzes sei.

Reg.-Komm. Geh. Rath Rühdorff erklärt, daß dies allerdings der Fall sei, und daß er deshalb bitte, die Herrenhaus-Beschlüsse anzunehmen.

Abg. Osterrath erwidert dem Abg. Löwenstein, daß die Regierung in beiden Häusern ihre Vorlage vertheidigt also ganz korrekt gehandelt habe.

Abg. Windthorst (Bielefeld) beantragt, die früheren Beschlüsse des Abgeordnetenhauses wieder herzustellen.

Das Haus tritt dem Antrage bei.

Letzter Gegenstand der Tagesordnung ist die Berathung des vom Herrenhause verändert zurückgelangten Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Austritt aus den jüdischen Synagogen-Gemeinden.

Die Vorlage wird auf Empfehlung des Abg. Lasker, der die Veränderungen des Herrenhauses, als nur formelle charakterisirt, unverändert angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag 10 Uhr. Petitionsberichte. Den Antrag Reichensperger, betreff. die Leitung des Religionsunterrichts in den Volksschulen, sowie den Antrag Windthorst (Bielefeld), betreff. das Gefängnißwesen, noch in so später Stunde auf die Tagesordnung zu setzen, lehnt das Haus ab, nachdem der Präsident die Freitagssitzung als die wahrscheinlich letzte dieser Session bezeichnet hat.

(Schluß 3 Uhr.)

Die Deutschen auf der Weltausstellung.

Der Direktor der berliner Gewerbeakademie Prof. Reuleaux, bekanntlich Mitglied der Preisjury bei der Weltausstellung zu Philadelphia, beginnt in der „Nat. Ztg." seine Berichte über die Ausstellung. Was er darin über die deutschen Erzeugnisse sagt, klingt leider hart, aber die Wahrheit ist unter keinen Umständen zu bezweifeln. Prof. Reuleaux schreibt u. A.:

„Unser deutscher Pavillon liegt im Vorgrunde des schönsten landschaftlichen Theiles des Grundes und erfreut sich vermöge seiner hübschen, obwohl einfachen Form und seines freundlichen Inneren großen Beifalles. Wenn wir deutschen Jurymitglieder Abends ermüdet den Heimweg antreten und unsere Blicke über die in der Abendsonne glitzernden Spitzen, Thürmchen und Galerien der Ausstellungsstadt, die zwischen den Bäumen malerisch hindurchschimmern, schweifen lassen, so entschädigt uns der Anblick für manche Mühen des Tages und hilft uns vergessen, daß Deutschland auf der Ausstellung selbst so weit hinter unseren Wünschen zurückgeblieben ist.

Denn es darf nicht verhehlt, es muß sogar laut ausgesprochen werden, daß Deutschland eine schwere Niederlage auf der philadelphiaer Ausstellung erlitten hat. Unsere Leistungen stehen in der weitaus größten Zahl der ausgestellten Gegenstände hinter denen anderer Nationen zurück, nur in wenigen erscheinen wir bei näherer Prüfung ihnen gleich, in einem Minimum von Fällen nur überlegen.

Leider ist denn auch die Presse, und vor allem die deutsch-amerikanische, schonungslos über unsere Ausstellung hergefallen. Wir haben Wahrheiten der bittersten Art hören müssen und noch zu erwarten. Wie in einer Art und Wuth, und deshalb auch häufig viel zu weitgehend, werden die Schwächen der deutschen Industrie an unserer Ausstellung demonstrirt, wird jeder kleine, wenn auch noch so verzeihliche Mangel gerügt und herausgesucht. Der Grund dieser Gereiztheit, welche wahrscheinlich in einiger Zeit einer wenigstens unparteiischen Auffassung weichen wird, ist einigermaßen erklärlich. Jahrelang haben die Deutsch-Amerikaner von den Leistungen gesprochen, welche Deutschland, das wiedergeborene erstärkte, an den Tag legen werde: mit Stolz haben sie prohhezeit, wie ihr ehemaliges Vaterland die übrigen Nationen wenn nicht in Schatten stellen, so doch vielfach überflügeln werde. Und nun ist von alledem nichts, vielmehr meistens das Gegentheil geschehen, und darum sind die überführten ehemaligen Freunde nun unsere erbittertsten Gegner und Tadler geworden. Vielleicht sind sie aber dennoch indirekt unsere Freunde, indem sie Deutschland öffentlich den Spiegel vorhalten, den ihm seine Freunde in Europa so oft schon im kleineren Kreise vorzuhalten gesucht, ohne daß ihnen geglaubt wurde. Aber das neue Deutschland ist verwöhnt von seinen Schmeichlern, die Phrase von Deutschlands Bestimmung und Stellung ist ihm so oft ins Gesicht gesagt worden, daß Lied seines Ruhmes so oft vorgetrillert worden, daß es die Fühlung mit den Forderungen verloren hat, welche ein internationaler Wettkampf an seine Kräfte stellt. Thatsache ist: unsere Niederlage ist unleugbar. Sie den Landsleuten zu verschweigen oder zu bemänteln, wäre gegen die patriotische Pflicht. Ich werde vielmehr versuchen, im Einzelnen die schwachen Punkte zu charakterisiren. Für heute möchte ich nur in einigen Hauptzügen die gegen uns geschleuderten Vorwürfe ausführen.

Als Quintessenz aller Angriffe tritt der Wahrspruch auf: Deutschlands Industrie hat das Grundprinzip „billig und schlecht." Leider hat unsere Industrie wirklich im Durschnitt diesen Grundsatz, wenigstens rücksichtslos in seinem ersten Theile und darum als Konsequenz in seinem zweiten. Soviel sich auch schon tüchtige wackere Industrielle, welche jenen Grundsatz verdammen, bei uns bemüht haben, ihm entgegenzuwirken, soviel auch schon mancher, dem ein warmes Herz für unsere Industrie im Busen schlägt, dagegen gesprochen, es behält immer die Oberhand und ist denn auch in unserer Ausstellung nur zu deutlich zum Ausdruck gelangt.

Zweiter Satz: Deutschland weiß in den gewerblichen und bildenden Künsten keine anderen Motive mehr, als tendenziös-patriotische, die doch auf den Weltkampfplatz nicht hingehören, die auch keine andere Nation hingebracht; für die tendenzlose, durch sich selbst gewinnende Schönheit hat es keinen Sinn mehr. In der That, nachdem man uns dies gesagt, beschleicht uns ein beschämendes Gefühl, wenn wir die Ausstellung durchwandern und in unserer Abtheilung die geradezu bataillonsweise aufmarschirenden Germanien, Borussien, Kaiser, Kronprinzen, „red princess", Bismarck, Moltke, Roon betrachten, die in Porzellan, in Biscuit, in Bronze, in Zink, in Eisen, in Thon, die gemalt, gestickt, gewirkt, gedruckt, litographirt, gewebt an allen Ecken uns entgegenkommen. Und nun in der Kunstabtheilung gar zweimal Sedan! Was hat die Kommission für Kunstwerke sich bei der Annahme dieser Bilder gedacht! Und wieder in der Maschinenhalle: sieben Achtel des Raumes, so scheint es, für Krupp's Riesenkanonen, die „Killing-machines", wie man sie genannt hat, hergegeben, die da zwischen all' dem friedlichen Werk, das die anderen Nationen gestellt haben, wie eine Drohung stehen! Ist das wirklich der Ausdruck von Deutschlands „Mission"? Muß man nicht den Chauvinismus und Byzantinismus als bei uns in höchster Blüthe stehend annehmen? Zwingen wir nicht die fremden Nationen geradezu zu dieser Annahme?

Dritter Satz: Mangel an Geschmack im Kunstgewerblichen, Mangel an Fortschritt im rein Technischen. Wiederum müssen wir an unsere Brust schlagen. Wiederum müssen wir auf die Wichtigkeit der Bestrebungen des Gewerbemuseums, auf das geringe Entgegenkommen hinweisen, welches der Handelsminister in seiner warmen Fürsorge für diese Frage bei der Industrie findet. „Bei allen Nationen, die auf der Ausstellung vertreten sind", sagen die Tadler, „haben wir etwas zu lernen gefunden, in Deutschland nichts!" Hart, aber beinahe ganz wahr!

Diese sind die drei Hauptargumente, welche gegen uns erhoben werden. Ich werde nächstens versuchen, bei näherer Analyse die trostreichen Ausnahmen hervorzuheben; im Allgemeinen aber vermag ich den Vorwürfen nicht zu widersprechen und kann nur den Wunsch äußern, es möchten recht viele deutsche Industrielle herüberkommen, um zu sehen, wie viel wir zu lernen und wie viel wir zu vergessen haben."

Brief- und Zeitungsberichte.

△ **Berlin**, 28. Juni. In französischen Blättern sind neuerdings vielfach Artikel der „Straßburger Ztg." über auswärtige Politik besonders über die Orientfrage, als offiziöse Kundgebungen der deutschen Regierung behandelt worden, offenbar ohne jede Berechtigung. Es mag dahingestellt bleiben inwieweit die „Straßburger Ztg." für die elsaß-lothringischen Verhältnisse offiziös benutzt wird, jedenfalls steht fest, daß Beziehungen derselben zu den maßgebenden Kreisen in Berlin absolut nicht existiren und daß sie offiziöse Mittheilungen über auswärtige Angelegenheiten ebenso wenig erhält, wie zur Zeit irgend ein anderes Blatt. — Es ist, wie schon berichtet, ein Uebereinkommen, betreffend den Eintritt Britisch-Indiens und der französischen Kolonien in den Allgemeinen Postverein, abgeschlossen worden. Die dem Allgemeinen Postverein beigetretenen Länder sind in Britisch-Indien: Hindostan, Birma und Adan; die französischen Kolonien in Amerika: Martinique, Guadeloup, Guyana, St. Pierre u. Miquelan, in Afrika: Senegambien, Gabua, Reunion, Mayotte, St. Maria de Madagaskar, in Asien: die französischen Niederlassungen in Indien sowie in Conchinchina, in Australien: Neu-Caledonien und Tahiti. — Die fernere Verbreitung der zu London unter dem Namen „The Period" erscheinende Zeitschrift ist für Deutschland auf 2 Jahre verboten worden, nachdem dieselbe ihres Inhaltes wegen von preußischen Gerichten wiederholt verurtheilt worden ist. Die deutschen Postanstalten haben deshalb die Weisung erhalten, die genannte Zeitschrift

weder zu vertreiben, noch beim Eingang unter Kreuzband zu befördern. — Zu der Eröffnung der Ausstellung in Brüssel haben sich im Auftrage des Zentral-Komites der deutschen Hilfsvereine begeben das Mitglied desselben Professor Gurlt und der Bankier Meyer aus Hannover, welcher sich durch Herstellung von Krankenwagen und sonstigen Hilfsmitteln bei der Pflege der Verwundeten im Kriege einen bedeutenden Ruf erworben hat. Auf dem Kongreß, welcher zur Zeit der Ausstellung in Brüssel abgehalten werden soll, wird dem Vernehmen nach entweder der erste Vorsitzende des Zentral-Komites Geheimer Ober-Tribunalsrath von Holleben oder der zweite Vorsitzende, Regierungsrath a. D. Haß, im Auftrage des Komites erscheinen.

— Der General-Auditeur Fleck hat sich mit Bezug auf seine schwankende Gesundheit den Ovationen, die ihm am heutigen Tage (27. d.) als der Feier seines fünfzigjährigen Amtsjubiläums zu Theil werden sollten, durch den Antritt einer Reise nach Saßnitz auf Rügen entzogen und verlebt seinen Ehrentag still im Kreise der Seinen in Putbus. Die ihm zugedachten Geschenke und Adressen sind dem Jubilar, dem, wie die „N. Z." hört, das Prädikat „Exzellenz" verliehen ist, mit den äußerst zahlreich eingelaufenen Depeschen nachgesandt worden.

— Heute (27. d.) früh ½1 Uhr ist nach langem Leiden Geh. Medizinalrath Professor Dr. Ehrenberg im 82. Lebensjahre verstorben. Die „N. Z." berichtet über sein Leben:

Christian Gottfried Ehrenberg war in dem (damals noch kursächsischen) Delitzsch am 19. April 1795 geboren, er besuchte Schulpforta, studirte zu Leipzig und Berlin erst Theologie, dann Medizin und Naturwissenschaften. Mit seinem Studiengenossen in der mikroskopischen Erforschung der kleinsten Organismen, Dr. Hemprich, begleitete er — die Akademie der Wissenschaften bot die Mittel dazu — den General v. Minutoli auf dessen zu antiquarischen Zwecken unternommener Reisen nach Egypten. Hemprich starb während dieser Reise zu Massaua im Jahre 1823; Ehrenberg kehrte im Jahre 1826 nach Berlin zurück und erhielt eine außerordentliche Professur an der medizinischen Fakultät übertragen. Im Jahre 1829 begleitete Ehrenberg mit Gustav Rose, dem Mineralogen und Geologen, Alexander v. Humboldt, auf dessen Reise nach dem Ural und weiter in das russische Asien. Im Jahre 1839 wurde er zum ordentlichen Professor ernannt. Zahlreich sind Ehrenberg's Schriften. Die „Symbolae phisicae" (die wissenschaftliche Ausbeute der egyptischen Reise) sind wegen der Kostspieligkeit ihrer bildlichen Ausstattung nicht zum Abschlusse gelangt. Eine andere Reihe von Werken sind der Naturgeschichte der kleinsten Organismen gewidmet. Das Hauptwerk auf diesem Gebiete: „Die Infusionsthierchen als vollkommene Organismen, ein Blick in das tiefe Leben der organischen Natur" erschien zu Leipzig 1838. Die spätere Forschung über die fossilen Infusorien sind in der „Mikrogeologie" (Leipzig 1854) zusammengefaßt. Ehrenberg's Name war in allen Welttheilen bekannt; von allen Meeren erhielt er, seinem Wunsche gemäß, die auf den Schiffsreisen gesammelten Meteorstaubproben zugeschickt, die er durch Bestimmung der in ihnen enthaltenen organischen Gebilde auf ihren örtlichen Ursprung zurückführte, wodurch er auch zur Aufklärung meteorologischer Probleme das Seinige beigetragen hat. Hat auch in neuerer Zeit fortschreitende Erkenntniß vom Wesen der Organismen in vielen Punkten die Anschauungen Ehrenberg's berichtigt, so wird er doch stets als ein Meister der mikroskopischen Forschung hochgeehrt und sein Name mit der Naturgeschichte der kleinsten Organismen alle Zeit als der eines ihres Hauptförderers verknüpft bleiben.

— Wie schon bekannt, ist der Budget-Kommission ein Schreiben des Reichskanzlers in Betreff des Eigenthumsrechts am Zeughause zugegangen. Dasselbe ist an den Kriegsminister v. Kameke gerichtet, noch von Delbrück unterzeichnet und lautet:

„Ew. Exzellenz beehre ich mich, auf das gefällige Schreiben vom 25. d. M. ganz ergebenst zu erwidern, daß das Eigenthum an dem hiesigen Zeughause nicht vom Reiche in Anspruch genommen, sondern als ein dem preußischen Staate ausschließlich zustehendes Recht anerkannt wird. Das Zeughaus wird zu einem Theil von der Reichs-Militärverwaltung, zu einem andern Theil von der preußischen Landesverwaltung benutzt. Nach § 2 Nr. 5 des Gesetzes über u. s. w. vom 25. Mai 1873 steht mithin dem Reiche an diesem Gebäude lediglich ein Mitbenutzungsrecht zu. Den Betrag von 400,000 Mark erkenne ich, vorbehaltlich der Regelung durch den Reichshauhatsetat — § 11 a. a. O. — als ausreichend an, um diejenigen Baulichkeiten herzustellen, welche zum Ersatz für das dem Reich zustehende Benutzungsrecht erforderlich sind. Ew Exzellenz darf ich ganz gehorsamst überlassen, der Budgetkommission des preußischen Hauses der Abgeordneten hiervon gefälligst Mittheilung zu machen. In Vertretung des Herrn Reichskanzlers Delbrück."

— Wenngleich die Vorlage wegen einer Zinsgarantie für die Berlin-Dresdener Bahn im Plenum des Abgeordnetenhauses ohne Zweifel nicht mehr erledigt werden kann, so dürfte es für die Zukunft doch nicht ohne Interesse sein, wenn die Budgetkommission, der dieselbe überwiesen ist, bereits jetzt von der Regierung Aufschluß über eine Anzahl ganz besonders haarsträubender Thatsachen zu erlangen suchte. Zu diesen Thatsachen gehören vor Allem die Gehälter und Emolumente, welche die Mitglieder der Direktion von dem Verwaltungsrath sich haben zubilligen lassen. Die „Nat.-Lib. Corr." macht darüber folgende Mittheilungen:

Der erste Direktor, Herr Heyse, der 1872 von der Rechte-Oderuferbahn zu der Berlin-Dresdener Gesellschaft überging, hat sich damals folgende Vortheile ausbedungen: 1) 50,000 Thaler als Abfindung für seine Pensionsansprüche als Staatsbeamter. Diese Ansprüche betrugen damals etwa 1300 Thaler. 2) 17—18,000 Thaler als Bauprämie, wobei zu bemerken ist, daß Herr Heyse mit dem Bau, ja selbst mit dem Erwerb der Grundstücke gar nichts zu thun hatte. 3) 8000 Thaler als lebenslängliches Gehalt. 4) 3000 Thaler als lebenslänglich garantirte Tantieme. Herr Heyse forderte und erhielt diese Tantieme noch dazu bereits während der Bauzeit, wo noch von gar keinem Betriebe, also noch weniger von irgend welchen Einnahmen der Bahn die Rede sein konnte. 5) 2000 Thaler lebenslängliche Entschädigung an Stelle einer freien Wohnung. 6) 800 Thaler Reisekosten per Jahr, wobei zu beachten ist, daß Herr Heyse daneben bei jeder Reise 10 Thaler Diäten bezog und auf allen Eisenbahnen völlig freie Fahrt hatte. Alles in Allem hat also Herr Heyse 68,000 Thaler Kapital und 13,800 Thaler jährliche Revenüen bezogen, wovon er jetzt, abgesehen von den 800 Thalern Reisekosten, trotz aller Verhandlungen, welche die Regierungskommissare mit ihm geführt haben, auch nicht einen Groschen aufgeben will. Man muß schon zu den allerblutigsten Gründungen hinabsteigen, wenn man Beispiele finden will, wo es einem Gründer gelungen wäre, an Kapital und Rente solche Eroberungen zu machen, wie es Herrn Heyse seit 1872 beschieden war. Die Gründe, weshalb der Verwaltungsrath bei einer eingleisigen Bahn von 13 Meilen Länge, die sehr bequem von einem Baumeister und einem Assessor verwaltet werden könnte, seinen ersten Direktor so verschwenderisch ausstattete, sind zu errathen, wenn man sie auch ohne die Beweismittel in der Hand nicht öffentlich aussprechen kann."

— Das deutsche Mittelmeergeschwader, welches nach den ersten offiziellen Nachrichten über den Mord der Konsuln in Salonichi in Dienst gestellt resp. ausgerüstet wurde, ist, wie schon erwähnt am 25. d. in Salonichi eingelaufen. Das Geschwader verließ Wilhelmshaven am 22. Mai, nachdem der Befehlshaber Kontreadmiral Batsch am Tage vorher das Kommando übernommen und seine Flagge auf der Panzerfregatte „Kaiser" aufgehißt hatte. Am 27. v. M. früh kam das Geschwader im Plymouth Sund an, von wo aus es am nächstfolgenden Tage Abends 6 Uhr wieder in See ging. Nach siebentägiger Fahrt ankerte das Geschwader am 4. d. M. auf der Rhede von Gibraltar, wo es 5 Tage bis zum 9. d. M. verblieb. Am 18. früh lief es Malta an und ging am 21. Abends wieder in See. Am 25. erreichte das Geschwader Salonichi, wo es S. M. Kanonenboot „Komet" antraf. Rechnet man den Aufenthalt in Plymouth, Gibraltar und Malta ab, der zusammen 10 Tage in Anspruch nahm, so ergiebt sich für die eigentliche Seefahrt von Wilhelmshaven nach Salonichi die kurze Zeitdauer von 23 Tagen. Es ist jedoch dabei in Betracht zu ziehen, daß das Anlaufen der drei Hafenstädte kein freiwilliges war, sondern durch Einnahme von Kohlen und Proviantvorräthen bedingt wurde. Nach Entfaltung der deutschen Flagge in Salonichi und Kenntnißnahme der stattgehabten Untersuchung wird Kontreadmiral Batsch, wie offiziös geschrieben wird, voraussichtlich zunächst Smyrna oder sonst einen größeren türkischen Hafen anlaufen.

— Der siebenzehnte volkswirthschaftliche Kongreß wird bekanntlich in der Zeit vom 25. bis 28. September in Bremen abgehalten werden. Auf der nunmehr festgestellten Tagesordnung stehen folgende Berathungsgegenstände:

1) Der Ankauf der deutschen Eisenbahnen durch das Reich. Referenten: Dr. Alex. Meyer (Breslau), Dr. Böhmert (Dresden). 2) Werth- oder Gewichtszölle. Referenten: Seyffardt (Krefeld), Dr. Hertzka (Wien). 3) Die Erneuerung der bestehenden und und die Abschließung neuer Handelsverträge. Referenten: Lammers (Bremen), Dr. Weigert (Berlin), Dr. Hammacher (Berlin). 4) Die gesetzliche Regelung des Feingehalts von Gold- und Silberwaaren. Referent: v. Studnitz (London). 5) Die volkswirthschaftliche Bedeutung des Verhältnisses zwischen den Bau- und Betriebskosten der Eisenbahnen. Referenten: v. Kübeck (Wien), Dr. Faucher (Berlin), Dr. Reutzsch (Berlin.)

— Ueber die für die Wohlfahrt der gewerblichen Arbeiter in Preußen bestehenden Einrichtungen hat der Handelsminister im Laufe des verflossenen Winters detaillirte Untersuchungen anstellen lassen, deren Ergebnisse in einer dem Druck übergebenen Darstellung niedergelegt worden sind. Das Werk bringt, wie offiziös geschrieben wird, diejenigen Einrichtungen zur Kenntniß, welche in Preußen seitens der Besitzer der größeren gewerblichen Etablissements aus freier Initiative für ihre Arbeiter ins Leben gerufen worden sind, und läßt zugleich durch Wiedergabe der auf die Regelung der Fabrikarbeit bezüglichen Gesetze, Instruktionen und Verordnungen den Standpunkt erkennen, von welchem aus die staatlichen Organe die ihnen auf diesem Gebiete entgegentretenden Aufgaben aufgefaßt haben. Die Arbeit giebt ein Bild der betreffenden thatsächlichen und rechtlichen Zustände innerhalb des preußischen Staates, wie es in dieser Vollständigkeit und Authentizität bisher noch nicht geboten worden ist. Mit Befriedigung kann konstatirt werden, daß die Bestrebungen zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen seitens der Arbeitgeber je länger je mehr einen thatkräftigen Ausdruck finden, insbesondere hat sich aus den angestellten Ermittelungen ergeben, daß an den Fortschritten auf diesem Gebiete des sozialen Lebens die industriellen Gesellschaften einen nicht geringen Antheil gehabt haben. Der Handelsminister hat dem Abgeordnetenhause von dieser Publikation 432 Exemplare übermittelt.

— Am Sonnabend, den 1. Juli, steht die Gerichtsverhandlung in der bekannten Angelegenheit Ed. von Hartmann's gegen den „Berliner Börsen-Courier" bevor. Der Ausgangspunkt des Prozesses dürfte noch in Erinnerung sein. Die Lehre des Herrn von Hartmann war auf Grund eines vorliegenden speziellen Falles in diesem Blatte auf das Entschiedenste angegriffen worden. Herr Ed. von Hartmann sah sich daraufhin veranlaßt, das Gericht zum Schutze seiner „Philosophie des Unbewußten" anzurufen und es wurde auf seinen Antrag hin eine Anklage erhoben. Als Verfasser des betreffenden Artikels hat sich der Redakteur Robert Davidsohn genannt. Ferner ist Dr. Bruno Mertelmeyer als verantwortlicher Redakteur mit angeklagt. Der Verfasser hat sich erboten den Nachweis der Wahrheit zu führen; es ist die Vernehmung Eduard von Hartmanns über gewisse Punkte seiner Lehren beantragt worden. Als Vertheidiger fungirt Rechtsanwalt Quennstedt.

Breslau, 26. Juni. Wie seiner Zeit berichtet wurde, hat der staatlich angestellte Pfarrer Pischel zu Girlachsdorf in einer an den Papst gerichteten Petition die institutio apostolica nachgesucht und gleichzeitig ein Dispensgesuch für ein seiner Parochie angehöriges Brautpaar super impedimento affinitatis in primo gradu (Schwägerschaft im ersten Grade) beigelegt. Durch den mit der Macht eines Legaten de latere bei dem Kaiser von Oesterreich akkreditirten Nuntius Ludovicus Jacobini, Erzbischof von Thessalonich, ist Herrn Pischel nunmehr der nachgesuchte Dispens von Wien aus übermittelt worden. Diese amtliche Berücksichtigung scheint mindestens eine Anerkennung des genannten Staatspfarrers von römischer Seite zu involviren.

Fulda, 25. Juni. Die Zeitungen sprechen in jüngster Zeit viel von einer Art Geheimdelegaten, welche den dem Vatikan viel zu reichsfreundlich gesinnten Bisthumsverweser Hahne auf Tritt und Schritt überwache und über sein ganzes Gebahren nach Rom berichte. Der „M. Ztg." schreibt man über eine Thatsache, welche den Beweis liefert, daß es auch schon vor den Maigesetzen dunkle Ehrenmänner gab, welche von Rom mit dem Amte der Spionage betraut gewesen sind, wie folgt:

Der letztverstorbene Bischof Ch. Florentius Kött galt als Dechant von Kassel für einen aufgeklärten, durchaus toleranten Geistlichen, weshalb seine Wahl als Bischof von Fulda von allen aufgeklärten Katholiken und Protestanten mit Freuden begrüßt wurde. Als nun das Wahlresultat in der Domkirche verkündet wurde, stand ein Geistlicher unter der Kanzel, welcher fast laut auflachte. Es war dies ein gewisser S., alias das „Wunderkind", welcher seine Bildung im Collegium germanicum zu Rom empfangen hatte und von einem Fanatismus beseelt war, welcher demjenigen des Conrad v. Marburg fast gleich kam. Der fanatische Priester hatte aber nicht vergeblich gelacht, denn noch in der nämlichen Stunde ging ein Schreiben nach Rom ab, in welchem der neugewählte Bischof als durchaus unwürdig zur Bekleidung dieses wichtigen Hirtenamtes geschildert wurde. Der Absender erreichte auch wirklich anfangs seinen Zweck, indem der Papst die Sanktionirung dieser Wahl geräumige Zeit verweigert haben soll. Was that nun der neue Bischofskandidat? — Er eilte, nachdem ihm Kunde davon geworden war, sofort in das Jesuitenkollegium zu Münster, machte dort die geistlichen Exerzitien, die sogenannten geistlichen Herbstmanöver, in rigoröseſter Weise mit und insinuirte sich bei den Jesuiten dermaßen, daß diese die Bestätigung Kött's beim Vatikan durchsetzten. Der neue Bischof zitterte aber nun dergestalt vor dem päpstlichen Geheimdelegaten, daß er sich ganz und gar an denselben hingab und er bis zu dessen Tode ein willenloses Werkzeug in der Hand des jesuitischen „Wunderkindes" wurde. Daher die total jesuitische Richtung, welche die ganze Periode seines Hirtenamtes kennzeichnete. Man ersieht hieraus, daß alles schon dagewesen ist.

Witten, 25. Juni. Aus Veranlassung der bekannten ultramontanen Exzesse erschien am 22. d. M. der Regierungspräsident Steinmann in Witten und ließ sich von dem Bürgermeister Geisenheimer mündlich Bericht erstatten. Bei dieser Gelegenheit ließ er sich sämmtliche Polizeisergeanten einzeln vorstellen und belobte sie wegen ihres mannhaften Auftretens zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung. In Witten war das Gerücht verbreitet, die Polizei sei zu streng verfahren. Um Wiederholung ruhestörender Auftritte zu verhindern, hat der Bürgermeister Geisenheimer folgende von der „M. Z." mitgetheilte Polizeiverordnung erlassen: § 1. An den Sonn- und Feiertagen der Monate Juni und Juli d. J. ist es zwischen 10 Uhr Vormittags und 2 Uhr Nachmittags den die (namentlich genannten Straßen) passirenden Personen nicht gestattet, still zu stehen und sich ohne nachweisbare Nothwendigkeit aufzuhalten. § 2. Personen, welche Stöcke und Waffen bei sich führen, dürfen zu der im § 1 angegebenen Zeit die dort bezeichneten Orte nicht passiren. § 3. Eltern, Pflegeeltern und Vormünder sind verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß sie ihre Kinder, Pflegekinder und Pflegebefohlenen, welche noch nicht das 14. Lebensjahr überschritten haben, an den in § 1 bezeichneten Orten nicht aufhalten. Personen, welche Kinder tragen, dürfen in der in § 1 angeführten Zeit die daselbst bezeichneten Orte ohne polizeiliche Erlaubniß nicht betreten. § 4. Leichenzüge dürfen die in § 1 erwähnten Straßen nicht passiren. Zuwiderhandlungen werden nach § 336 des R.-Str.-Ges.-B. geahndet.

Aus Mecklenburg, 28. Juni. Erst jetzt wird ein Schriftstück bekannt, welches die Landschaft (der Stand der Städte) auf einem bereits am 5. Mai d. J. zu Rostock gehaltenen Konvent mit 19 gegen 14 Stimmen nach sehr erregter Debatte beschlossen und am folgenden Tage an beide Großherzoge abgelassen hat, und welches die Reform der Landesverfassung zum Gegenstand hat. Die Landschaft erinnert daran, daß die Nothwendigkeit einer solchen Reform allseitig anerkannt worden ist, daß aber den Ständen seit dem Frühjahrslandtage von 1875 von den Landesherren darüber keine weitere Mittheilung zugegangen ist. Sie verkenne zwar die Schwierigkeiten nicht, welche einer solchen Reform entgegenstehen, sei aber von deren Nothwendigkeit so durchdrungen, daß sie es lebhaft bedauern würde, wenn diese Frage, die immer wieder und vielleicht unter ungünstigeren Umständen wieder auftauchen würde, Jahre hindurch ruhen sollte. Die Landschaft erbittet daher eine beruhigende Zusicherung, daß die Verhandlungen wegen der Verfassungsreform ununterbrochen fortgeführt werden sollen. — Eine Antwort auf dieses Schreiben ist bis dahin nicht erfolgt. — Die armen Strelitzer müssen in diesem Jahre für viele früheren Jahre Buße thun. Der in Petersburg erfolgte Tod des Herzogs Georg von Mecklenburg-Strelitz, Bruder des Großherzogs, hat von Neuem zur Anordnung einer allgemeinen Landestrauer Anlaß gegeben. Während der nächsten vier Wochen soll nicht nur in allen Kirchen des Großherzogthums in den ersten Wochen zweimal täglich, dann einmal, jedesmal eine Stunde lang, mit allen Glocken geläutet werden, sondern auch weder Schauspiel noch Tanzmusik stattfinden. Dieselbe Anordnung trat bei dem Tode der Herzogin Caroline ins Leben, welche am 1. d. M. starb. Von der Zeit, für welche in Folge dieses letzteren Todesfalles Schauspiel und Tanzmusik untersagt war, waren bereits 20 Tage abgelaufen, denen nun noch weitere 28 Tage hinzutreten.

Dresden, 23. Juni. Der Landtagsschluß war bis gestern Nachmittag durch königliches Dekret für morgen festgesetzt, obwohl Jedermann wußte, daß bis dahin das durchaus Nothwendige an noch rückständigen ständischen Arbeiten nicht abgewickelt werden könnte, daher eine Verlängerung der Session ganz unvermeidlich sei. In der heutigen Nachmittagssitzung der zweiten Kammer brachte Abgeordneter Biedermann diese abnorme Lage der Kammer zur Sprache und interpellirte den anwesenden Minister von Friesen über die desfallsigen Entschließungen der Staatsregierung. Der Minister erklärte, daß ein neues (drittes) Dekret zu erwarten stehe, wodurch der Landtagsschluß auf den Monatsschluß versetzt werde. Die Regierung wünsche damit zu erreichen, daß nicht nur alle noch schwebenden Finanzfragen, sondern auch die noch rückständigen Gesetzgebungsgegenstände erledigt würden, worunter wohl hauptsächlich auch der in der ersten Kammer vorläufig ad acta gelegte Gesetzentwurf wegen der Staatshoheitsrechte über die katholische Kirche gemeint ist. In der heutigen Vormittagssitzung der zweiten Kammer war eben dieser letztere Umstand von dem fortschrittlichen Abgeordneten Schaffrath angeregt worden. Wenn das Gesetz nicht zu Stande kommt, so bleibt die bisherige Gesetzgebung in Kraft und diese enthält wenigstens in einem Punkte eine bessere Bürgschaft gegen Uebergriffe der katholischen Kirche, nämlich das unbedingte Plazet für alle Veröffentlichungen, die von der katholischen Geistlichkeit ausgehen.

Mainz, 24. Juni. Das Hochwasser, dessen Gefahren nunmehr allerdings als überwunden zu betrachten sind, hat noch im letzten Augenblicke ein ganz entsetzliches Unheil angerichtet. Etwas oberhalb Oppenheim sind die Dämme gebrochen und ist die ganze Gegend zwischen Oppenheim und Guntersblum unter Wasser gesetzt worden; der Schaden, der hierdurch den umliegenden, schon durch das Frühjahrshochwasser hart betroffenen Gemeinden erwachsen, ist ein ganz ungeheurer, auf viele Hunderttausende zu schätzender. Fast noch schlimmer als in diesen, im Uebrigen wohlhabenden und wenigstens mit einem Theile ihrer Gebäude der Wassersgefahr entrückten rheinhessischen Gemeinden steht es im gegenüberliegenden Starkenburgischen, in den armen Orten Trebur, Ostheim u. s. w. Als das gegenwärtige Hochwasser die mühsam zum zweiten Male bestellten Felder dieser Orte abermals unter Wasser setzte und nun die letzten Erntehoffnungen vernichtete, begab sich eine Massendeputation aus denselben nach Darmstadt, wurde aber beim Großherzog nicht vorgelassen; dagegen erhielt anderen Tages eine Abordnung Audienz. Inzwischen hat die Regierung auf eine desfällige Interpellation des Abg. Osann in der zweiten Kammer zugesagt, daß die erforderlichen Maßregeln sofort getroffen werden sollen. (W. Z.)

München, 24. Juni. Die „Allg Ztg." bringt folgenden „Aus Baiern" vom 21. Juni datirten Artikel:

„Nachdem der königliche Staatsminister des Innern bei Beginn des dermalen versammelten Landtags eine Interpellation des Abg. Jörg: ob die königliche Staatsregierung ein Wahlgesetz vorzulegen gedenke, verneinend unter Hinweis darauf beantwortet hatte, daß bei dem gegenwärtigen Parteiverhältniß in der Kammer ein Zustandekommen dieses Gesetzes nicht zu erwarten sei, mußte wohl jeder Unbefangene die Anschauung des Ministers theilen. Gleichwohl hat der Abg. Jörg die Initiative ergreifen zu sollen geglaubt. Die bisherigen Ausschußverhandlungen belassen wohl keinen Zweifel darüber, daß das Wahlgesetz die nothwendige Mehrheit von zwei Dritttheilen nicht erhalten wird, und jeder tiefer Blickende wird unter den gegenwärtigen Zuständen dieses Resultat mit Genugthuung im Interesse des Landes begrüßen. Gewiß ist ein Wahlgesetz von Nöthen, aber es darf nicht unter dem Terrorismus der sich heute die Mehrheit nennenden Fraktion geschaffen werden. Wenn Regierung und Liberale den beschränkten Gesichtspunkt einnehmen wollten, eine nicht zu große Mehrheit ultramontaner Gegner in der Kammer sich gegenüber anwachsen zu lassen, so könnten sie den Jörg'schen Wahlgesetzentwurf gelten lassen, weil mit diesem die Ultramontanen doch nie eine Zweidrittelmehrheit erreichen würden und weil in Baiern ein paar oder auch zehn Stimmmen Mehrheit kein Grund zur Aenderung des Ministeriums sind. Wenn aber schon die dermalige Zweistimmenmehrheit bewiesen hat, daß sie von ihrem geringen Plus einen für das Land schädlichen Gebrauch macht, wie dies in den jüngsten Tagen bei Beschlußfassung über verschiedene Petitionen — wir erinnern nur an die Petition der Stadt Kelheim — zu Tage getreten ist, so ist es Aufgabe der Regierung, zu Bestrebungen nach Fortbestand oder Erweiterung einer solchen Mehrheit durch ein Gesetz in keiner Weise die Hand zu bieten, und die Liberalen handeln nur im Interesse des Landes, wenn sie ablehnend votiren, und sie mögen sich bei diesem ihrem Votum, ob auch dagegen geschrien werden mag, vollständig beruhigen — das Land wird ihnen in seinem intelligenten Theile Dank dafür wissen. Dieses Niederstimmen der Intelligenz durch mindestens politisch ungebildete Mehrheiten, deren Bestandtheile schon oft genug gekennzeichnet worden sind, darf absolut nicht begünstigt werden; es muß endlich die Unterdrückung der Städte durch die Landbevölkerung, durch welche die intelligenten Klassen auf das Empfindlichste berührt werden, aufhören, und ein solches Wahlgesetz, wie es heute gemacht werden soll, wäre der grellste Widerspruch gegen die bairische Verfassung, welche des ganzen Landes Wohl von der Kammer berathen und beschützt wissen will; eine Zusammensetzung der Kammer unter der Herrschaft des in Aussicht genommenen Wahlgesetzes wäre ein Hohn gegen die öffentliche Meinung, und das Kabinet stände faktisch unter der Laune und Willkür einer klerikalen Mehrheit. Wir hoffen, daß es dazu in Baiern nicht kommt; eine klerikale überwiegende Kammermehrheit wäre Baierns Untergang; was von dieser Seite in den letzten Jahren bis heute ge-

leistet und versucht worden ist, bleibt wohl für Thron und Land unvergessen. Wir wollen die Klärung der Geister, das Reifen gesunder Anschauungen im Volk abwarten, Recht und Wahrheit, Verstand und Bildung werden siegen. „Des ganzen Landes Wohl“ — das muß die Parole der herrschenden Partei werden; daher erwarten wir zu Baierns Heil die Ablehnung des Wahlgesetzes.“

Der Abg. **Herz** hat von Berlin aus einen Brief an einen seiner hiesigen politischen Freunde gerichtet, worin er gerade das Gegentheil empfiehlt.

Paris, 25. Juni. Der **Geburtstag des Generals Hoche** wurde gestern in Versailles mit großer Feierlichkeit begangen. Alle Republikaner der Stadt hatten ihre Häuser beflaggt und die Bildsäule Hoche's, die sich auf einem der Plätze von Versailles befindet, festlich geschmückt. Des Morgens hatte der Deputirte Journault im großen Theater einen Vortrag über Hoche gehalten, des Abends fanden zwei Konzerte auf öffentlicher Straße und ein Bankett statt, dem ungefähr 300 Personen, darunter ein großer Theil der republikanischen Senatoren und Abgeordneten, anwohnten. Der Senator Feray (vom linken Zentrum) brachte die Gesundheit des Präsidenten der Republik aus, wobei er die Nothwendigkeit der Einheit der drei Linken betonte. Er schloß mit den Worten: „Drei Jahre parlamentarischer Loyalität haben die Achtung vermehrt, welche ganz Frankreich für die dreißigjährige militärische Loyalität des Marschalls Mac Mahon hatte.“ Die Rede wurde mit großem Beifall und den Rufen: Es lebe die Republik! aufgenommen. Nach ihm sprach der Deputirte Albert Joly und Gambetta. Seine Rede brachte eine große Wirkung hervor und erregte allgemeine Begeisterung. Selbst die Berichterstatter der reaktionären Presse, so theilt man der „K. Z.“ mit, welche dem Banket anwohnten, waren so sehr unter deren Eindruck, daß sie sich an ihn herandrängten, um ihn zu beglückwünschen. Nachdem Gambetta zuerst einige Worte über die allgemeine Bedeutung des Festes gesagt und auf den Sieg hingewiesen, welchen die republikanische Partei erfochten, bedauerte er, daß die Armee, die letzte Hoffnung und die mächtigste Hilfsquelle Frankreichs, auf dem Feste nicht vertreten sei. Er sprach für Eintracht und gemeinsame Opferwilligkeit. Die Republik habe Frankreich in den Tagen der Gefahr die letzte Zufluchtsstätte der Ehre dargeboten; das Land sei republikanisch geworden, nicht allein aus politischer Leidenschaft, sondern „weil man, und ich sage dies vor Frankreich und der ganzen Welt, weil man heute nur unter der Fahne der Republik noch wirklich patriotisch sein kann.“ (Lebhafter Beifall.) Mit dieser kühnen Behauptung ging er zu einem Lobe der Verfassung über, dem sich ein gleiches der republikanischen Partei anschloß. „Unsere Politik“ — so schloß der Redner — „ist im Innern die republikanische Ordnung; im Auslande der mit Einsicht, mit beharrlicher Klugheit erstrebte Friede, dessen Kräftigung die Republik allein sichern kann, denn — ich sage es, weil es mir gerade in den Gedanken kommt — denn vor drei, vor zwei, vor einem Monat, wenn Frankreich nicht die Republik gehabt, wenn eine Dynastie an seiner Spitze gestanden hätte, würde die Krisis, von der Europa bedroht war, nicht so ruhig verlaufen sein. Deshalb segnet Frankreich auch heute die Republik, weil von dieser nicht zu befürchten ist, daß sie es zu diplomatischen Abenteuern verlockt, wo die Kanone und das Blut immer das letzte Wort haben. — Heute war große **Wallfahrt** nach der **Kapelle** des heiligen Herzens auf **Montmartre**. Die Zahl der Gläubigen — der Arbeiter-Apostel de Mun fehlte natürlich nicht — war groß, weil der Erzbischof von Paris, Kardinal Guibert, reden sollte. Letzteres geschah auch. Bemerkt wurde, daß man dieses Mal nicht „Sauvez Rome et la France“ sang, sondern „Dieu de l'Espérance Sauvez, sauvez la France par votre sacré coeur.“

Lokales und Provinzielles.

Posen 29. Juni.

— Wie schon telegraphisch erwähnt, ist **in Berlin** ein **Setzerstrike** ausgebrochen. In Folge dessen sind uns heut nur wenige berliner Zeitungen und diese in sehr reduzirter Gestalt zugegangen. In der letzten Zeit schwebten Verhandlungen zwischen den Prinzipalen der Werk- und Zeitungsdruckereien und der Gehilfenschaft wegen Abänderung des Normallohntarifs, der am 1. Juli 1876 außer Kraft tritt. Dieselben haben zu einer Einigung nicht geführt und die Verbandssetzer in Folge dessen am 28. d. plötzlich die Arbeit eingestellt. Die vereinigten berliner Werk- und Zeitungsdruckereibesitzer hatten eine Reduktion des dortigen „Lokalzuschlages“ um 8⅓ pCt. (von 33⅓ auf 25 pCt.) beschlossen, welche jedoch erst am 1. Juli in Kraft treten soll. Die heut eingetroffenen Blätter enthalten an der Spitze diesbezügliche Erklärungen und die „Nat. Ztg.“ stellt eine gemeinsame Erklärung der vereinigten Prinzipale in Aussicht. Der „Staatsanzeiger“, dessen in dem betreffenden Telegramm besonders erwähnt wird, ist uns noch nicht zugegangen.

— Die vielfach besprochene Verfügung des **königl. Provinzial-Schulkollegiums** hierselbst, die außeramtliche Lehrthätigkeit der **Lehrer an höheren Unterrichtsanstalten** so wie deren Einnahmen aus Pensionaten u. s. w betreffend, ist jetzt, wie man der „Danz. Ztg.“ von hier schreibt, nach einer Seite hin wesentlich abgeändert worden. Der Korrespondent knüpft daran folgende Ausführung:

Wie wir schon in d. Bl. hervorgehoben haben, erstreckt sich die Oberaufsicht der Direktoren auch auf die hervorgehobenen Punkte, und mit Recht konnte man in der gedachten Verfügung nur eine ernste Mahnung erblicken, dieser Oberaufsicht künftig allseitiger zu genügen. Mehr hat nun einem jüngst erlassenen Anschreiben zufolge auch durch jenes in der Form von uns unfreundlich und zum Theil auch inopportun genannte Zirkularschreiben nicht erstrebt werden sollen; sein vexatorischer Charakter ist somit entfallen, während die Entfernung der Uebelstände nach wie vor im Auge behalten wird. Und das mit Recht. Der lange Druck, der auf dem Lehrstande von Seiten der Kirche und der kirchlichen Organe gelegen, die geringen und in keiner Weise ausreichenden Einnahmen aus den amtlichen Stellen, die recht oft sonderbare Betonung der idealen Momente des Lehrerberufes bei der thatsächlichen Armseligkeit und den vielfachen Plackereien des täglichen Lebens auf der einen Seite, auf der andern aber die eigene Schuld der Lehrer, die so oftmals unpraktische und todte Gelehrsamkeit für Wissenschaft ausgeben und im lebendigen Verkehre als wenig geschickt und brauchbar sich erweisen, endlich auch der Umstand, daß nicht wenig Lehrer einem erst gewählten Berufe entsagt und so in eine wenig erquickliche sekundäre Lage gerathen sind, alles das hat den Lehrerstand auch der höheren Unterrichts-Anstalten in den Augen der größern Allgemeinheit sehr zurückgestellt, und es ist noch heute wesentlich wie früher, vom Lehrer wird möglich viel gefordert, während ihm möglichst nicht gewährt wird. Die volle staatliche und soziale Gleichstellung der Lehrer mit den Richtern erster Instanz muß um jeden Preis erkämpft werden, und dazu gehört vor Allem und hauptsächlich die eigene Mitwirkung der Lehrer und die Entfernung aller Makel und heikeln Punkte im Stande, die das außenstehende Publikum zu einer Geringschätzung desselben veranlassen könnten. Die jüngsten Verhandlungen im Abgeordnetenhause über die Umzugs- und Reisekosten können die Lehrer höherer Unterrichts-Anstalten nur wieder unangenehm berührt haben; die angenommene Resolution giebt zwar eine ideale aber keine faktische Sühne des Unrechts, welches mit den Wohnungsgeldzuschüssen inaugurirt worden ist. Rang- und Geld-Verhältnisse wiegen indeß nicht so schwer, als, wir wollen nicht sagen, der Regierung aber doch die noch nicht bewirkte feste Umgrenzung der Rechte, die den Pflichten des Standes parallel laufen müssen. Eintritt in's Amt, Beförderung in demselben, Dienstalter, Vereidigung der Lehramts- wie der Rechtskandidaten, feste Gehaltsskalen, die dem Dienstalter entsprechen, das sind Punkte, die der gesetzlichen Regelung bedürfen und jedenfalls dem Zufalle und dem subjektiven Belieben eines einzigen auch noch so verständigen Vorgesetzten entrückt werden müssen. So lange diese Verhältnisse nicht geregelt sind, werden wir in den Lehrerstand meist nur Männer eintreten sehen, die eine gedrückte Jugend hinter sich haben, Männer also, denen die volle Freudigkeit des Wirkens zu früh getrübt worden ist, und die darum sich schwer den Muth der eigenen Meinung erhalten konnten. Vieles hat sich schon besser gestaltet, aber falsch ist es, zu glauben, daß dieses Besserwerden nicht ein beschleunigtes Tempo annehmen dürfe. Noch einmal: völlige Gleichstellung der Lehrer höherer Unterrichts-Anstalten mit den Richtern erster Instanz sammt allen daraus abzuleitenden Folgerungen, das muß das Streben aller gesetzgebenden Faktoren nicht minder aber auch das der Lehrer selbst sein.

— **Dem heil. Vater** soll es große Freude bereitet haben, daß sein Jubelfest in unserer Provinz so vielfach gefeiert wurde. Wie man dem „Kuryer“ aus Rom schreibt, hat Ledochowski das zu seinen Händen übersandte Glückwunschtelegramm der hiesigen polnisch-ultramontanen Volksversammlung dem Papste vorgelegt, welcher sich über die Anhänglichkeit der polnischen Katholiken sehr gefreut haben soll. Der Korrespondent des „Kuryer“ knüpft hieran die Bemerkung, daß der Papst gegen die Polen ein „wahrhafter Vater“ sei und „von seinen Kindern dasjenige am meisten liebt, welches am Grausamsten (!) verfolgt wird.“

— **Die Polen in der Türkei** haben nach einer dem lemberger „Dziennik Polski“ aus Konstantinopel zugegangenen Nachricht eine **Beglückwünschungsadresse** an den Sultan **Murad** gerichtet. Hierbei sei bemerkt, daß die polnisch-galizische Presse offen für die Türkei gegen die südslavischen Insurgenten Partei nimmt, während die warschauer Presse sich mehr neutral verhält. Der hiesige „Dziennik Poznanski“ dagegen, dessen panslavistische und aussophile Tendenzen immer mehr hervortreten, verficht eifrig die Sache der Insurgenten und schwärmt für eine große slavische Föderation unter der Führung Rußlands. Der „Dziennik“ ist deshalb nicht blos von den hiesigen Ultramontanen als „verrätherisches und moskalophiles Blatt“ bezeichworden, sondern hat sich auch von dem liberalen „Dziennik Polski“ in Lemberg eine Zurechtweisung zugezogen.

— **In Lemberg** wird mit dem 1. Juli d. J. eine neue polnische Zeitung und zwar täglich erscheinen. Das Blatt soll den Titel „Kronika codzienna“ (Tageschronik) führen und von Herrn Zajączkowski, dem bisherigen Herausgeber des Witzblattes „Szczutek“ redigirt werden. Wie hieraus zu schließen ist, wird das Blatt eine liberale Richtung verfolgen.

r **In der Stadtverordnetensitzung** am 28. Juni waren 22 Mitglieder anwesend; der Magistrat war durch die Stadträthe Annuß, v. Chlebowski, L. Jaffé, S. Jaffé, Rump, Stenzel vertreten. Den Vorsitz führt Kommerzienrath B. **Jaffé**. Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen wird in die Tagesordnung eingetreten.

Für die **Deposital-Rechnung** pro 1872, die **Rumfort'sche Suppenfonds-Rechnung** pro 1874/75, und die **Stadtschulden-Tilgungs-Kassen-Rechnung** pro 1874 wird von der Versammlung die Decharge ertheilt.

Ueber die **Anlegung der neuen Straße zwischen der Kl. Ritterstraße und Wallstraße** berichtet Zimmermeister **Feckert**. In der Sitzung am 4. März 1874 hatte die Versammlung durch Vertrag v. 24. Febr, 1874 erfolgten Austausch verschiedener Parzellen auf dem von der Kl. Ritter-, Wall- und St. Martinstraße begrenzten Terrain zwischen Militärfiskus, der Stadtgemeinde Posen und der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft genehmigt. Durch den abgeschlossenen Vertrag verpflichtete sich die Stadt Posen, auf dem bisherigen Terrain der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft und städtischem Terrain eine neue Straße zwischen der Kl. Ritter- und Wallstraße anzulegen. Da nun bisher der Magistrat die Konsentirung zur Anlegung dieser Straße verweigert hatte, weil die Allerhöchste Genehmigung zu dem Austausch-Vertrage noch nicht erfolgt war 2c., so beschwerte sich die Oberschlesische Eisenbahngesellschaft wegen der Verzögerung der Konsentirung bei der k. Regierung, und hat diese nunmehr in dem Reskripte vom 24 Mai 1876 die Erwartung ausgesprochen, daß der Magistrat die Verhandlungen einem baldigen Ende zuführen werde. Der Magistrat erklärt, er wolle nunmehr dem drängenden Fordern der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft nicht länger entgegentreten, nachdem diese unter dem 17. Juni d. J. sich bereit erklärt hat, sich folgenden Bedingungen in Betreff der Anlegung der Straße zu unterwerfen. Die Straße erhält die Breite von 16,95 M., an jeder Seite Bürgersteige von entsprechender Breite, mit Granitplatten-Belag von 1,25 M. Breite und mit Granitrinnen; auch wird die Straße vorschriftsmäßig gepflastert. Die angelegte Straße wird der Stadtgemeinde Posen unentgeltlich als Eigenthum überwiesen, und erfolgt die Uebernahme, nachdem die Hälfte der beiden Straßenfronten mit Wohnhäusern besetzt sind. Der Magistrat übernimmt die Legung von Gas- und Wasserröhren in der neuen Straße; bis zur Uebernahme der Straße tritt die Oberschlesische Eisenbahngesellschaft für die Kosten der Straßenbeleuchtung unter Heranziehung der Adjazenten ein. Der Magistrat beantragt nunmehr, die Versammlung möge sich damit einverstanden erklären, daß unter Zugrundelegung der obigen Bedingungen der Magistrat mit der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft einen Vertrag abzuschließen, und der Obeschlesischen Eisenbahngesellschaft als der Unternehmerin der Straße auf Grund dieses Vertrages die Genehmigung zur Anlegung derselben ertheilt werde.“ — Rechtsanwalt **Mützel** empfiehlt die Annahme dieses Antrages, und spricht sich mißbilligend darüber aus, daß diese Angelegenheit seitens des Magistrats so lange hingezogen, und dadurch die Adjazenten, welche in der neuen Straße bauen wollten, geschädigt worden seien. Diese Verzögerung und Hinziehung mache sich bei fast allen städtischen Bau-Angelegenheiten bemerkbar; bis jetzt sei noch keines der vielen kommunalen Bauprojekte in Angriff genommen, und den Einwohnern der Stadt würden seitens des Magistrats in fast allen Bau-Angelegenheiten die größten Schwierigkeiten gemacht, so daß sie sich oft genöthigt sähen, das Polizeidirektorium um Förderung ihrer Bau-Angelegenheiten zu ersuchen, worauf dann die Regierung oder das Ministerium Entscheidungen zu Gunsten der Petenten fälle. Nachdem auch die vorliegende Angelegenheit lange genug hingeschleppt worden sei, möge nunmehr der Magistrat die Sache doch möglichst beschleunigen. — Nachdem Stadtbaurath **Stenzel** die Erklärung abgegeben, ihn als Chef der städtischen Bauverwaltung treffe in der vorliegenden Angelegenheit keine Schuld, da er Projekte zu der neuen Straße schon vor Jahren entworfen habe, wird der Magistrats-Antrag von der Versammlung einstimmig angenommen.

Zur **Annahme eines Hilfsboten** hat der Magistrat die Bewilligung der erforderlichen Mittel beantragt. Die Angelegenheit wird der Finanzkommission überwiesen.

Zu Mitgliedern des **gewerblichen Schiedsgerichts** werden an Stelle von ausscheidenden Mitgliedern gewählt: aus der Zahl der Arbeitsgeber Zimmermeister Adam Stieber und Maurermeister Pfitzmann, aus der Zahl der Arbeitsnehmer Maschinenbauer Fischer und Böttchergeselle Seifert.

An **Druckkosten für das Realschul-Programm** sind 260 M. Kosten erwachsen, während im Etat nur 240 M. ausgesetzt sind, und beantragt der Magistrat, die Mehrkosten von 20 M. zu bewilligen; dieser Antrag wird von der Versammlung abgelehnt.

Bei der **diesjährigen Ueberschwemmung** haben viele Mitglieder der Steigerabtheilung des Rettungsvereins Tag- und Nachtwachen geleistet, und sich dadurch ihren eigentlichen Berufsgeschäften entzogen; der Magistrat beantragt, denselben dafür eine Entschädigung von 2 M. 50 Pf. pro Mann, im Ganzen für 93 Wachen also 232 M. 50 Pf. zu bewilligen. Dieser Antrag wird von der Versammlung angenommen.

Am **Eichwaldthore** besitzt die Kommune Posen, gegenüber der Cegielski'schen Maschinenfabrik, ein Grundstück von 107 Q. R. Fläche, für welches der Tischlermeister Dittrich eine jährliche Pacht von 30 Thlr. zahlt. Derselbe hat nun dem Magistrat für diesen Platz den Kaufpreis von 1200 Thlr. geboten, und beantragt der Magistrat mit Hinweis darauf, daß jener Platz bei Hochwasser überschwemmt sei, sich mit dem Verkaufe des Grundstücks zu dem angegebenen Preise einverstanden erklären zu wollen. Maurermeister **Hesselbein**, welcher über diese Angelegenheit berichtet, beantragt, der Magistrat möge das Grundstück auf dem Wege der Lizitation verkaufen, aber nicht unter dem Minimalgebote von 3600 M.; die Baukommission habe den Werth jenes Grundstückes auf 10 bis 11 Thlr. pro Qu.-R. abgeschätzt. Auf Antrag des Zimmermeisters **Feckert** beschließt die Versammlung jedoch, von dem Verkaufe des Grundstückes zur Zeit Abstand zu nehmen.

Kaufmann **Peltesohn** hatte bereits in der vorigen Sitzung **in Betr. der Anschaffung einer neuen Maschine für die städtischen Wasserwerke** eine Interpellation eingebracht, welche nunmehr zur Beantwortung und Erörterung gelangt. In der Interpellation wird an den Magistrat die Anfrage gerichtet, aus welchem Grunde bis jetzt noch immer keine Reservemaschine für die städtischen Wasserwerke aufgestellt worden sei, nachdem die Versammlung bereits im Juni v. J. zu den angegebenen Zwecken 10,800 Thlr. bewilligt und diese Summe bei der Etatsberathung im Dezember v. J. auf 50,000 M. erhöht habe. Der Interpellant weist auf die Nachtheile hin, welche durch den Mangel der Reservemaschine erwachsen und zwar: zeitweiser Mangel an Wasser in den Häusern der hochgelegenen Stattheile, sowie Mangel an Wasser zum Sprengen der Straßen und Spülen der Rinnsteine; ferner weist er auf den Uebelstand hin, daß gerade zur Zeit des Wollmarktes, wo auf dem Sapieha- und Kanonenplatze Wolle im Werthe von mehreren Millionen lagerte, die vorhandenen Maschinen zum Theil defekt wurden, so daß nur mit halber Kraft gearbeitet werden konnte. Daß bis jetzt noch immer nicht eine Reservemaschine aufgestellt worden, sei um so seltsamer, da schon vor einem Jahre nach der Erklärung des Magistrats-Dezernenten sich die vorhandenen Maschinen in einem schlechten Zustande befunden haben. — Stadtbaurath **Stenzel** beantwortet diese Interpellation, indem er die Gründe erörtert, weswegen die Reservemaschine bis jetzt noch nicht aufgestellt worden sei; es sei vor einem Jahre eine Maschine von bestimmter Konstruktion in Aussicht genommen worden, doch sei diese Konstruktion von denjenigen Maschinenbaufirmen, an welche sich der Magistrat gewandt habe, als nicht geeignet für die hiesigen Verhältnisse verworfen worden; darauf seien diese Firmen zur Einreichung von Projekten und Zeichnungen aufgefordert worden, worüber wiederum Zeit verstrichen sei; alsdann sei der frühere Inspektor der städtischen Wasserwerke, Hemme, aus dem städtischen Dienste ausgeschieden, und habe es drei Monate gedauert, ehe Ingenieur Thomson an dessen Stelle getreten sei; auch dadurch sei eine Verzögerung herbeigeführt worden. Gegenwärtig sei die Angelegenheit so weit gediehen, daß jedenfalls noch im Laufe d. J. die Reservemaschine aufgestellt werde. — Kaufmann **Peltesohn** spricht dagegen die Besorgniß aus, daß nach abermals einem Jahre gleichfalls noch keine Reservemaschine vorhanden sein werde. — Kaufmann Wilh. **Kantorowicz**, Mitglied der Direktion der Gasanstalt und Wasserwerke, erörtert noch weiter die Gründe, welche die Aufstellung der Reservemaschine bis jetzt verzögert haben, und theilt mit, daß die Direktion der Gas- und Wasserwerke am vorigen Sonnabende sich für eine bestimmte Maschine entschieden habe, und daß es sich gegenwärtig nur noch um den Ort zur Aufstellung der zu bestellenden Maschine handle. — Damit ist die Interpellation erledigt.

Mehreren städtischen Lehrern werden auf Antrag des Magistrats **außerordentliche Unterstützungen** (zu Badereisen 2c.) im Gesammtbetrage von 850 Mark bewilligt. — Mit der **Abtretung einer Parzelle** von 126½ Q.-R. Flächeninhalt an die **Posen-Kreuzburger Eisenbahn-Gesellschaft** für den Kaufpreis von 1200 M. pro Morgen erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Bromberg, 27. Juni. [**Taubstummenschule. Schwurgericht.**] Die hiesige von dem Lehrer an der Bürgerschule, Herrn W. Schmidt priv. geleitete Taubstummenschule, welche aber wegen Kränklichkeit desselben seit dem 1. Mai d. J. geschlossen ist, wird nach einer Mittheilung der „Br. Ztg.“ am 1. August wieder eröffnet werden und zwar als eine öffentliche Staatsanstalt unter Leitung des Taubstummenlehrers Herrn **Lehmann** aus Posen. Derselbe ist gestern bereits hier eingetroffen, um sich über die bisherige Schule 2c. zu informiren und zu orientiren. — Am 3. Juli d. Jahres beginnt die dritte diesjährige Schwurgerichtsperiode. Den Vorsitz wird Kreisgerichtsrath Kupffender aus Schneidemühl führen.

Aus dem Gerichtssaal.

Königsberg, 26. Juni. Heute Nachmittag wurde der vielbesprochene Hochstapler **Klaffchakow** vom Stadtgericht wegen verschiedener Diebstähle zu 1½ Jahren Gefängniß und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf gleiche Zeit verurtheilt. Es hatte sich ein sehr zahlreiches Publikum eingefunden und sah sich in der Erwartung einer interessanten Verhandlung auch nicht getäuscht. Der Angeklagte gestand alle größeren Diebstähle ein, leugnete die kleineren jedoch hartnäckig. Eine unterdrückte Heiterkeit ging durch den Zuhörerraum, als der Angeklagte auf die dringende Mahnung des Vorsitzenden, einen kleinen Gelddiebstahl bei Hübner und Matz einzugestehen, in seinen ehemaligen Kavalierton zurückverfiel und, sich in die Brust werfend, mit Emphase ausrief: „Herr Präsident! Ich gebe Ihnen mein Wort, daß ich das Geld nicht gestohlen!“ Von der Anschuldigung, in einem hiesigen Buchladen in zwei Fällen aus der Ladenkasse Geldbeträge gestohlen zu haben, wurde er freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft hatte 3 Jahre Gefängniß beantragt. Ueber den Verbleib eines werthvollen gestohlenen Medaillons gab K. bei seiner heutigen Vernehmung an, daß er dasselbe in seiner Wohnung im Deutschen Hause beim Erscheinen der Polizeibeamten versteckt gehabt habe. Eine sofort vorgenommene Nachsuchung ergab die Richtigkeit dieser Angabe.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Die beiden letzten Lieferungen der „**Westermann's Illustrirte Deutsche Monatshefte**“ enthalten wieder vorzügliche Beiträge, sowohl in novellistischer als auch in wissenschaftlicher Beziehung. Man darf nur auf die Erzählungen „Die Stimme des Blutes“ von Fanny Lewald, im April; „Im Gewitter“ von Gustav vom See und „Der Strohlwirth“ von Ida von Düringsfeld im Mai hinweisen. Die Erzählung von Fanny Lewald gehört zu den vorzüglichsten Werken der genialen Verfasserin. Auch die Novelle von Ida von Düringsfeld darf rühmend erwähnt werden. Von anderen Beiträgen beanspruchen die Mittheilungen des Professors der Astronomie Valentiner über seine „Beobachtungen in Chefoo in Bezug auf die Sonnenfinsterniß“ Beachtung, namentlich auch der interessanten Abbildungen wegen. Sehr vortheilhaft erscheint uns die größere Berücksichtigung, welche neuerdings der Literatur in den Monatsheften geschenkt wird, besonders verdienen die regelmäßigen kritischen Briefe von W. von Kleist, welche Sachkenntniß und maßvolles Urtheil verrathen, Anerkennung.

* **Die deutsche Lyrik seit Göthe's Tode.** Unter diesem Titel erscheint demnächst im Verlage von Ph. Reklam jun. in Leipzig eine aus frischen Quellen geschöpfte, reichhaltige Anthologie. Der Herausgeber derselben, unser Mitarbeiter **Maximilian**

Bern, war in erster Linie bestrebt, ein gutes billiges Volksbuch zu schaffen, welches die Schätze deutscher Lyrik auch dem Aermsten leicht zugänglich machen soll.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Prozeß der Spritbank Wrede.** Es haben nunmehr, wie die „B. B. Z." hört die sämmtlichen in dem Prozeß wegen Gründung der berliner Spritbank verurtheilten Personen die formelle Appellation eingelegt.

Vermischtes.

* **Saarlouis**, 23. Juni. Gestern Morgen sind die beiden Mühlenwerke einer bei der Stadt gelegenen Pulverfabrik in die Luft gepflogen; leider sind bei der Explosion auch drei Arbeiter umgekommen.

* **Aus Brandenburg a. H.** wird von einem am letzten Freitag dort verübten Raubmord wie folgt berichtet: Auf dem sogenannten Hammelhofe daselbst, welches Grundstück an die in der Schützenstraße belegenen Kürassier-Pferdeställe stößt, wohnte seit vielen Jahren die Wittwe Neumann, die sich bei den Soldaten durch allerhand Dienstleistungen. durch Kaffeekochen, Waschen ꝛc. einer besonderen Beliebtheit erfreute und sich des Vertrauens derselben in so hohem Maße zu erfreuen hatte, daß dieselben ihr sogar ihre Spargroschen zur Aufbewahrung anvertrauten. Am Freitag gedachte die Frau ihren 76sten Geburtstag zu feiern; als die Soldaten aber am frühen Morgen in ihr Zimmer traten, um ihr zu gratuliren, fanden sie die Alte im Bette ermordet vor und das Geld aus der Wohnung geraubt. Die That hat der Mörder mit einem Messer vollbracht, mit dem er der Neumann sechs Stiche in den Kopf versetzte, augenscheinlich in dem Augenblicke, als die aus dem Schlummer erwachende Frau denselben beim Ausräumen des Tischkastens überrascht in welchem das Geld aufbewahrt lag. Außer den geringen Sparbeträgen der Soldaten befanden sich im Besitz der Ermordeten noch 300 Mark, die sie Tags vorher von ihrem Schwiegersohne erhalten hatte. Der Thäter befindet sich bereits in den Händen der Behörde, mindestens ist ein Unteroffizier von den Kürassieren eingezogen worden, der sich dadurch verdächtigt gemacht hat, daß er die Nacht zum Freitag in verschiedenen Bierlokalen zubrachte, am frühen Morgen beim Verlassen der Wohnung der Ermordeten beobachtet wurde und im Laufe des Tages mehrere Schulden bezahlte, ohne die Mittel dazu nachweisen zu können. Außerdem spricht gegen ihn der Umstand, daß er sich am Abend zuvor im Stall ein Messer borgte und daß an seinem Koller einige Blutspuren sich vorfanden.

* **Aus Liebenwalde** (Regbez. Potsdam) ist folgende blutige Wilddiebs-Affaire zu berichten. Am Dienstag überraschten die beiden Förster Grewe und Plane im königlichen liebenwalder Forstrevier zwei Wilddiebe, die sich ihrer Verhaftung in ernstester Weise zu erwehren gesonnen schienen. Der eine Wilddieb hatte bereits auf den Förster Grewe angelegt, der ohne Deckung stand, aber noch im rechten Moment streckte thn eine wohlgezielte Kugel des Försters Plane nieder, worauf der zweite Wilddieb die Flucht ergriff. Der Erschossene, bei welchen Wiederbelebungsversuche vergeblich waren, soll ein verwegener Wilddieb aus Zerpenschleuse (Regbz. Potsdam) sein.

* **Oppeln**, 22. Juni. Von den drei aus dem hiesigen Kreisgerichts-Gefängnisse entsprungenen Gefangenen sind zwei bereits wieder eingeliefert worden. Die drei Kumpane hatten sich nach ihrem früh in der dritten Stunde erfolgten Ausbruch in ihrem Gefangenenanzug direkt auf den Weg nach dem über zwei Meilen von hier entfernten Chrosczütz aufgemacht und den dortigen Wald in der Frühe erreicht. Dort wurden sie indeß von dem Forstaufseher Brix entdeckt, auf dessen Haltruf sie aus dem Walde entflohen. Trotz der ihnen nachgesendeten Schüsse entkamen sie in ein Kornfeld. Brix eilte nun sofort ins Dorf, theilte dort den Vorfall mit, und nun vereinten sich die dort anwesenden Gendarmen, der Amtsvorsteher v. Schmid' der Schulze und andere Gemeindemitglieder alsbald zur Aufsuchung der Flüchtlinge. Das Kornfeld wurde umstellt; Gendarm Hischer eilte in dasselbe hinein und so gelang es, zwei der Verbrecher in ihrem Versteck ausfindig zu machen, wogegen der Dritte — wohl schon vor Beginn der Verfolgung — das Weite gesucht hatte. Von den beiden Ergriffenen war der eine wegen Mordes zum Tode verurtheilt, aber zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt worden, während der andere, wegen eines Mordes angeklagt, bei dem nächsten Schwurgericht auf der Anklagebank erscheinen soll. Beide Verbrecher wurden gestern Nachmittag 5 Uhr durch den berittenen Gendarm Hischer in das hiesige Kreisgerichts-Gefängniß wieder eingebracht. (Schles. Ztg.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Darmstadt 28. Juni. Auf eine Anfrage des Referenten des Ausschusses bezüglich des von dem Abg. Frhrn. Nordeck zur Rabenau in der zweiten Kammer eingebrachten Antrages wegen der Durchführung des Titels 7 der Reichverfassung über das Eisenbahnwesen, hat die Regierung dem Vernehmen nach geantwortet, daß sie sich der Pflicht nicht entziehen werde, die auf die Durchführung des Tit. 7 gerichteten Bestrebungen der Reichsregierung im Bundesrathe zu unterstützen. Sie müsse sich aber die Prüfung der zu diesem Zweck an den Bundesrath gelangenden Vorlagen vorbehalten und könne sich über ihre Stellung zu denselben erst nach Prüfung der bezüglichen Vorschläge schlüssig machen.

Paris, 28. Juni. Das „Journal offiziel" veröffentlicht ein Dekret des Präsidenten der Republik, nach welchem 87 an dem Kommune-Aufstande des Jahres 1871 Betheiligte begnadigt werden Nach einer ebenfalls veröffentlichten Zuschrift Mac Mahons soll wegen der Theilnahme an dem Aufstande fernerhin keine gerichtliche Verfolgung eintreten, ausgenommen nur, wenn es sich um solche handelt, die in Ausnahmsfällen in contumaciam verurtheilt sind. — Nach einer hier eingegangenen Meldung aus Marocco wurden am 5. d. M. 11 Israeliten durch einen Muhamedaner verwundet, der mit einem Dolch in der Hand die Gassen des Judenviertels durchlief und unter Aufforderungen zur Rache an den Ungläubigen sich auf die ihm begegnenden Juden stürzte. Zwei der Verwundeten sind gestorben, mehrere andere sind in Lebensgefahr. Die Konsuln von Amerika, Italien, England und Spanien haben Garantien für das Leben und Eigenthum der Europäer gefordert und beschuldigen den Pascha des Mangels an Wachsamkeit.

Bern, 27. Juni. Der Nationalrath und der Ständerath haben den Niederlassungsvertrag mit Deutschland genehmigt.

London, 28. Juni. An Stelle des bisherigen Deputirten für Birmingham, Dixon, welcher sein Mandat niedergelegt hat, ist Chamberlain (radikal) ohne Opposition zum Mitgliede des Unterhauses gewählt worden.

Im weiteren Verlaufe der gestrigen Sitzung des Unterhauses erklärte der Unterstaatssekretär des Aeußeren Bourke, in Folge eines Antrages Richard's, betreffend die Revision des chinesischen Handelsvertrages, die englische Regierung habe bereits bei den Regierungen von Frankreich, Deutschland und Amerika Erkundigungen eingezogen, um sich zu vergewissern, was dieselben zu thun beabsichtigen.

Newyork, 27. Juni. Die von der demokratischen Konvention in St. Louis ins Auge gefaßten Präsidentschafts-Kandidaten waren Tilden (Newyork), Hendricks (Indiana), Bayard (Delaware), General Hancock (Pennsylvanien), Parker (New-Jersey), Allen (Ohio), Davis (Illinois), Curtin (Pennsylvanien), J. L. Adams jun. (Massachusetts). Die demokratische Konvention in Saint Louis hat den General Mac Lerland (Illinois) zum Präsidentschaftskandidaten gewählt.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 28. Juni. Durchweg matt. Intern. Spekulationswerthe erheblich niedriger.

[Schlußkurse.] Londoner Wechsel 204, 65. Pariser Wechsel 80, 95. Wiener Wechsel 165, 40. Böhmische Westbahn 147½. Elisabethbahn 122. Galizier 166. Franzosen*) 218¾. Lombarden*) 71. Nordwestbahn —. Silberrente 56¼. Papierrente 54⅛. Russ. Bodenkredit 85½. Russen 1872 90¾. Amerikaner 1885 102⅛. 1860er Loose 97¼. 1864er Loose 258, 80. Kreditaktien*) 113½. Oesterr. Nationalbank 685, 00. Darmst. Bank 104⅛. Berliner Bankverein 85⅓. Frankfurter Wechslerbank 75⅛. Oest. Bank 91¾. Meininger Bank 77 Hess. Ludwigsbahn 98⅞. Oberhessen 72⅝. Ung. Staatsloose 140, 50 Ung. Schatzanw. alt 83⅛. do. do. neue 80. do. Ostb.-Obl. II. 58¼. Centr.-Pacific 93⅝. Reichsbank 153.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 112½, Franzosen 218½, Lombarden 70. 1860er Loose —, Galizier —.

*) per medio resp. per ultimo.

Wien. 28. Juni. In Folge der von auswärts gemeldeten Kurse matt schließend, Renten und Bahnen schwächer, ungar. Werthe angeboten, Devisen u. Napoleons höher.

[Schlußkurse.] Papierrente 65, 40. Silberrente 69, 00. 1854er Loose 108, 75. Nationalbank 835, 00. Nordbahn 1790. Kreditaktien 137, 70. Franzosen 265, 00. Galizier 198, 75. Kasch.-Oderb. 87, 50. Pardubitzer —, —. Nordwestb. 128, 00. Nordwestb. Lit B. —, —. London 123, 55. Hamburg 59, 90. Paris 48, 55. Frankfurt 59, 90. Amsterdam 101, 50. Böhm. Westbahn —, —. Kreditloose 158, 00. 1860er Loose 109, 50. Lomb. Eisenb. 85, 50. 1864er Loose 128, 00. Unionbank 57, 75. Anglo-Austr. 68, 00. Napoleons 9, 80½. Dukaten 5, 86. Silbercoup. 101, 65. Elisabethbahn 148, 50. Ungar. Präml. 67, 80. D. Rchsbknt. 60, 35.

Türkische Loose 17, 25.

Nachbörse: Still. Kreditaktien 138 00, Franzosen 265, 00, Lombarden 85, 75, Galizier —, —, Angl.-Austr. 67, 00, Elisabethbahn —, 00, Napoleons 9, 81½.

Paris, 28. Juni. Boulevard-Verkehr. Anleihe de 1872 105, 37 Türken de 1865 11, 75, Spanier exter. 13¾, Egypter 195, 00.

Paris, 28. Juni. Matt.

[Schlußkurse.] 3proz. Rente 67, 65, Anleihe de 1872 105, 00 Italienische 5proz. Rente 72, 60, do. Tabaksaktien —, —, do. Tabaksobligationen —, —, Franzosen 550, 00, Lombard. Eisenbahn-Akt. 172, 50, do. Prioritäten 241, 00, Türken de 1865 11, 37½, do. de 1869 62, 00, Türkenloose 38, 00.

Crédit mobilier 156, Spanier extér. 13¼, do. intér 12⅝, Suezkanal-Aktien 686, Banque ottomane 347, Société générale 525, Credit foncier 708. Egypter 193. — Wechsel auf London 25, 28½.

London, 28. Juni, Nachm. 4 Uhr. Konsols 94 1/16. Italien. 5proz. Rente 72. Lombarden 7 1/16. 3proz. Lombarden-Prioritäten alte 9⅝. 3proz. Lombarden-Prioritäten neue —. 5proz. Russen de 1871 87. 5proz. Russen de 1872 86⅛. Silber —. Türk. Anleihe de 1865 11 7/16. 5proz. Türken de 1869 12½. 6proz. Vereinigt. St. pr. 1885 105⅞. do. 5proz. fund. 106¾. Oesterreich. Silberrente —. Oesterreich. Papierrente —. 6proz. ung. Schatzbonds 79. 6proz. ungarische Schatzbonds II. Emiss. 78½. 5proz. Peruaner 14¼. Spanier 13¾.

Platzdiskont 1¼ %.

In die Bank flossen heute 98,000 Pfd. Sterling.

Wechselnotirungen: Berlin 20, 66. Hamburg 3 Monat 20, 66, Frankfurt a. M. 20, 66. Wien 12, 52. Paris 25, 45. Petersburg 30½.

New-York, 27. Juni Abends 6 Uhr. [Schlußkurse.] Höchste Notirung des Goldagios 12, niedrigste 11⅞. Wechsel auf London in Gold 4 D. 87½ C. Goldagio 11⅞. 5/20 Bonds per 1885 115¾. do. 5proz. fundirte 117. 5/20 Bonds per 1887 122½. Erie-Bahn 13½. Central Pacific 110. New-York Centralbahn 105.

Produkten-Course.

Danzig, 28. Juni. Getreide-Börse: Wetter: heiß. Wind: N.-W.

Weizen loko befand sich am heutigen Markte in so flauer Stimmung, daß durchaus Nichts davon heute verkauft worden ist, denn die wenigen gemachten Gebote waren so bemerkbar billiger, daß Inhaber es vorzogen, nicht zu verkaufen. Termine matt, Juni-Juli 202, 201½ M. bez., Septbr.-Okt. 203 M. bez., 204 Br., Oktbr.-Novbr. 204 M. Br. — Regulirungspreis 202 M. Gekündigt wurden 100 Tonnen.

Roggen loko ebenfalls matt, 50 Tonnen polnischer 122 Pfd. wurden zu 160 M. per Tonne verkauft. Termine geschäftslos, Oktober-Novbr. 158 M. Br. Regulirungspreis 160 M. — Rübsen Termine fest, Sept.-Oktbr. 289 M. Br., 288 M. Gd. — Raps August-Septbr. 290 M. bez. Spiritus nicht zugeführt.

Köln 28. Juni, Nachmitt. 1 Uhr. Getreidemarkt. Weizen, hiesiger loko 22, 00, fremder loko 23, 50, per Juli 19, 80, Nov. 20, 90. Roggen, hiesiger loko 17, 00, per Juli 15, 10, per Nov. 15, 75. Hafer loko 19, 50, per Juli 17, 90. Rüböl, loko 34, 70, per Oktober 33, 40.

Des katholischen Festtages wegen morgen kein Markt.

Hamburg, 28. Juni, Nachm. Getreidemarkt. Weizen loko flau, auf Termine ruhig. Roggen loko flau, auf Termine matt. Weizen pr. Juni 203 Br., 202 Gd., pr. September-Oktober pr. 1000 Kilo 208 Br., 207 Gd. — Roggen pr. Juni 162 Br., 160 Gd., pr. September-Oktbr. per 1000 Kilo 159 Br., 158 Gd. Hafer ruhig. Gerste still. Rüböl behauptet, loko 66, pr. Okt. pr. 200 Pfd. 64. Spiritus ruhig, pr. Juni 36¾, pr. Juli-August 36¾, pr. August-Sept. 37¾, September-Oktober pr. 100 Liter 100 pCt. 38¾. Kaffee ruhig, Umsatz 2000 Sack. Petroleum fest, Standard white loko 12, 60 Br., 12, 50 Gd., pr. Juni 12, 50 Gd., pr. August-Dezember 13, 10 Gd. — Wetter: Schön.

Bremen, 28. Juni, Nachmittags. Petroleum (Schlußbericht) Standard white loko 13, 00, pr. Juni 13, 00, per Juli 13, 00, pr. Aug.-Dezember 13, 75. Höher.

Paris, 28. Juni. Produktenbericht (Schlußbericht). Weizen matt, pr. Juni 26, 50, pr. Juli 26, 75, pr. Juli-August 27, 25, Sept.-Dezbr. 28, 25. Roggen weichend, pr. Juni —, —, pr. Juli —, —, per Juli-August —, —, per September-Dezember 28, 25. Mehl matt, pr. Juni 60, 25, pr. Juli 60, 50, pr. Juli-August 60, 75, pr. September-Decbr. 62, 25. Rüböl wchd, pr. Juni 76, 00, pr. August 76, 50, pr. September-Dezember 78, 00, pr. Januar-April 79, 25. Spiritus weichend, pr. Juni 43, 00, pr. Sept.-Dezbr. 46, 50.

London, 28. Juni. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 26,340, Gerste 910, Hafer 30,100 Qtrs.

Für Weizen weichende Tendenz, angekommene Ladungen vernachlässigt. Andere Getreidearten bei schleppendem Geschäft zu nominell unveränderten Montagspreisen. Hafer — Sh. niedriger. — Wetter: Heiß.

Liverpool, 28. Juni, Nachmittags. Baumwolle: (Schlußbericht.) Umsatz 8000 B., davon für Spekulation und Export 1000 B. Underändert.

Middl. Orleans 6 3/16, middl. amerikanische 6 1/16, fair Dhollerah 4⅜, middl. fair Dhollerah 4 3/16, good middl. Dhollerah 4, middl. Dhollerah 3⅞, fair Bengal 3⅞, good fair Broach —, new fair Oomra 4¼, good fair Oomra 4⅝, fair Madras 4, fair Pernam 6¼, fair Smyrna 5¼, fair Egyptian 6.

Upland nicht unter low middling Juli-August-Lieferung 6 1/32 d.

Manchester, 27. Juni. 12r Water Armitage 7¼, 12r Water Taylor 7⅝, 20r Water Micholls 9⅛, 30r Water Gidlow 10⅛. 30r Water Clayton 10¾, 40r Mule Mayoll 9¾, 40r Medio Wilkinson 11⅞, 36r Warpcops Qualität Rowland 10⅝, 40r Double Weston 11¼, 60r Donble Weston 15, Printers 16/16 31/50 8½ pfd. 102. Markt ruhig.

Glasgow, 27. Juni. Roheisen. Mixed numbres warrants 57 sh 6 d. Die Verschiffungen der letzten Woche betragen 8000 Tons gegen 13,100 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Bradford, 27. Juni. Wolle und Wollenwaaren. Wolle beschränkte Frage, andere Artikel ruhig.

Amsterdam, 28. Juni, Nachm. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen loko geschäftslos, auf Termine flau, pr. November 302. Roggen loko unverändert, Termine niedr., pr. Oktober 193. Raps per Oktbr. 392 Fl. Rüböl loko 37¼, pr. Herbst 37⅛, pr. Mai 38⅜. — Wetter: Heiß.

Antwerpen 28. Juni. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen matt. Hafer gefragt. Gerste stetig. Petroleummarkt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loko 31 bz., 31⅛ Br., pr. Juni 31 bez., 31¼ Br., pr. Juli 32 bez., 32 Br., pr. September 33 Br., pr. September-Dezember 33 bez., 33 Br. Steigend.

New-York, 27. Juni. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 12, do. in New-Orleans 11⅝. Petroleum in Newyork 15⅜, do. in Philadelphia 15 Mehl 5 D. 10 C. Rother Frühjahrsweizen 1 D. 31 C. Mais (old mixed) 60 C. Zucker (Fair refisting Muscovados) 7⅞. Kaffee (Rio-) 17⅛. Schmalz (Marke Wilcox) 11⅞ C. Speck (short clear) 11 C. Getreidefracht 6¼.

Produkten-Börse.

Berlin, 28. Juni. Wind: NO. Barometer: 28,1. Thermometer: + 20° R. Witterung: bewölkt.

Weizen loko per 1000 Kilogr. 200—243 nach Qual. gef., gelber per diesen Monat —, Juni-Juli 207 bz., Juli-August 204—203 bz., August-Sept. —, Sept.-Oktbr. 209—208 bz., Oktbr. 210 bz. — Roggen loko per 1000 Kilogr. 152—186 nach Qual. gef., per diesen Monat 158,50—158—158,50 bz., Juni-Juli 156—156,50—156 bz., Juli-August 156 bz., Aug.-Sept. —, Sept.-Okt. 159,50—160 159,50 bz., Okt.-Nov. —. — Gerste loko per 1000 Kilogr. 156—187 nach Qual. gef. — Hafer loko per 1000 Kilogr. 155—198 nach Qual. gef., ost- u. westpr. 175—184, russ. 165—182, schwed. 183—192, pomm. u. medl. 188—192 ab Bahn bz., per diesen Monat —, Juni-Juli 170 M., Juli-August 163 bz., Sept.-Oktbr. 156 bz., Okt.-Nov. 155 bz. — Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 193—225 nach Qual., Futterwaare 180—192 nach Qual. — Leinöl loko per 100 Kilogr. ohne Faß - M. — Rüböl per 100 Kilo loko ohne Faß 64 bz., mit Faß per diesen Monat 63,3 bz., Juni-Juli 63,7 bz., Juli-August —, Sept.-Okt. 63,4—64—63,8 bz., Okt.-Nov. 64 bz., Nov.-Dez. —. — Petroleum (Standard white) per 100 Kilogr. mit Faß loko 29,5 bz., per diesen Monat —, Sept.-Oktbr. 27,6 bz. — Spiritus per 100 Liter à 100 pCt. = 10,000 pCt. loko ohne Faß 52,3 bz., per diesen Monat —, loko mit Faß per diesen Monat 51,9—52,1 bz., Juni-Juli do., Juli-August do., August-Sept. 52,4—52,6 bz., Sept.-Oktbr. 51,8—52 bz., Okt.-Novbr. 50,8—50,9 bz. — Mehl. Weizenmehl Nr. 0 30—29, Nr. 0 u. 1 27,50—26,50 Mk. Roggenmehl Nr. 0 26—24,50, Nr. 0 u. 1 24,25—22,25 per 100 Kilogr. Brutto inkl. Sack, per diesen Monat 24,30 bz., Juni-Juli 23,45—23,55 bz., Juli-August 23,10—23,15 bz., August-Sept. —, Sept.-Oktbr. 22,90 bz.
(B.- u. H.-Z.)

Breslau, 28. Juni. [Amtlicher Produktenbörsen-Bericht.] — Roggen (per 2000 Pfd.) behauptet, gekünd. 3000 Ctr., abgel. Kündigungsscheine 154 bz. per Juni und Juni-Juli 154—155 bz., Juli-August 155 bz., August-Sept. —, Sept.-Oktbr. 160 bz., Oktbr.-Nov. 160 G., Novbr.-Dez. 158 bz. — Weizen 198 B., gek. — Ctr., per Juni-Juli 198 B., Sept.-Okt. 198 B. — Gerste —. — Hafer 190 G., gek. — Ctr., Juni-Juli —, Sept.-Okt. 150,50—151 bz. u. B., Oktbr.-Novbr. —. — Raps 290 B., gek. — Ctr. — Rüböl geschäftslos, gek. — Ctr., loko 66 B., per Juni u. Juni-Juli 65 B., Sept.-Okt. 62 B., Okt.-Nov. 62,50 B., Nov.-Dez. 63 B. — Spiritus wenig verändert, gek. 20,000 Liter, loko 50 bz. u. B., 49,80 G., per Juni und Juni-Juli 49,70 bz., Juli-August 49,70—50 bz. u. G., August-Sept. 50,10 bz. u. G., 50,30 B., Sept.-Okt. 49,50 G. — Zink fest.

Die Börsen-Kommission.

Stettin, 28. Juni. An der Börse. [Amtlicher Bericht.] Wetter: warm. + 21° R. Barom. 28. 5. Wind: W.

Weizen matt pr. 1000 Kilo loko gelber 202—209 M., galizischer 186—200 M., per Juni 208 M. nom., Juni-Juli 207—206 M. bez., Juli-August do., August-Septbr. 208 M. bez., Sept.-Oktbr. 208,50 bis 207,50 M. bez. u. Gd., Okt.-Nov. 208,50 M. bez. — Roggen matt, pr. 1000 Kilo loko inländischer 176—180 M., Russ. 146—153 M., Juni 152 M. bez., Juni-Juli 150,50 M. bez., Juli-August 151 bis 150,50 M. bez., Sept.-Oktbr. 154,50—154 M. bez., per Oktbr.-Novmbr. 155,50—155 M. bez. — Gerste ohne Handel. — Hafer wenig verändert, pr. 1000 Kilo loko 163—180 M., Russ. 155—165 M., per Juni 172 M. nom., pr. September-Oktober 158,50 M. Br., 158 M. Gd. — Erbsen ohne Umsatz. — Mais ohne Handel. — Winterrübsen behauptet, pr. 1000 Kilo Juli-August succ. Liefer. 285 M. bez., August-Septbr. succ. Liefer. 286 M. bez., pr. Septbr.-Oktbr. 293 M. Gd. — Heutiger Landmarkt pr. 1000 Kilo: Weizen 198 bis 207 M., Roggen 174—180 M., Gerste 156—165 M., Hafer 180 bis 183 M., Erbsen 183—199 M., Kartoffeln 60—66 M., Heu 3—3,50 M., Stroh 42—48 M. — Rüböl matt, pr. 1000 Kilo loko ohne Faß 67,50 M. Br., pr. Juni 66 M. bez., Juli-August, Septbr.-Oktober u. Oktober-November 62,75 M. Br. u. Gd. — Spiritus flau, pr. 10,000 Liter pCt. ohne Faß 50,80 M. bez, mit Faß 50,60 M. bez., Juni-Juli 50,50 M. Br., Juli-August 50,60—50,40 M. bez., August-Septbr. 51,50—51,40 M. bez., Br. u. Gd., pr. Septbr.-Oktbr. 50,80 M. Br. u. Gd., Oktober-Nov. 49,80 M. nom. — Angemeldet: 1500 Ctr. Hafer — Regulirungspreis für Kündigungen: Weizen 208 M., Roggen 152 M., Hafer 172 M., Rüböl 66 M. — Petroleum loko 13,25 M. bez. — Regulirungspreis 13,10 M., per Sept.-Oktbr. 15—13,10 M. bez., 13,25 M. Br., Nov.-Dezbr. 13,25 M bez.
(Br. Hdls.-Bl.)

Magdeburg, 26. Juni. Weizen 200—228 M., Roggen 175—200, Gerste 180—200, Hafer 190—202 pro 1000 Kilogr.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde.	Barometer 260' über der Ostsee.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
28. Juni	Nachm. 2	27" 10''' 31	+ 20°9	W 1	heiter, Cu-st., Cu.
28. "	Abnds. 10	27" 10''' 66	+ 15°2	NW 0-1	heiter.
29. "	Morgs. 6	27" 10''' 16	+ 13°4	NW 1	heiter, Cu

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 27. Juni Mittags 0,78 Meter.
" " 28. " " 0,74 "

Verlag von W. Decker u. Comp. (E. Röstel) in Posen.